

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Winterprogramm der Bourgeoisie

Weiterer Abbau der Sozialversicherung / Neue Massenkündigungen

Die Telegraphen-Union will über die Absichten der Reichsregierung von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die Reichsregierung eine

grundlegende Reform der Sozialversicherung beabsichtigt, und zwar, daß einmal an eine Leistungssenkung gedacht wird, und daß zum andern

erhebliche organisatorische Veränderungen geplant werden. Diese betreffen in erster Linie die Aufsichtsbehörden. Man denkt daran, die bestehenden 1100 Versicherungämter, die mit den Kreis- bzw. Stadtverwaltungen verbunden sind, aufzulösen und die gesamte Aufsicht den Oberversicherungsämtern (bei den Regierungspräsidenten) zu übertragen, die erforderlichenfalls Zweigstellen unterhalten sollen. Außerdem wird erwogen, auch bei den Organisationen der Versicherungsträger Vereinfachungen durchzuführen durch rein gebietsmäßige Zusammenfassung von gleichartigen Kassen. An eine Zusammenlegung von verschiedenartigen Versicherungen wird nicht gedacht, auch nicht an die von gewisser Seite geforderte Außerkräftsetzung eines ganzen Versicherungszweiges.

Die Reformpläne werden voraussichtlich Anfang nächster Woche das Kabinett beschäftigen. Widerstände sind zu erwarten bezüglich der

Leistungssenkung

von den Gewerkschaften, bezüglich der Verwaltungsreform von den Ländern, die eine Beschränkung ihrer Hoheitsrechte befürchten. Man glaubt aber, diese Widerstände überwinden zu können, da von einem Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder kaum die Rede sein könne, und da man von den Gewerkschaften soviel Einsicht (!) erwarte, daß sie nicht das gesamte Sozialversicherungswesen aufs Spiel setzen. Bei Durchführung der vorstehenden Maßnahmen ist man überzeugt, daß alle Zweige der deutschen Sozialversicherung durchzuhalten sind.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Informationen richtig sind. Es ist bekannt, daß das „Winterprogramm“ schwerwiegende Eingriffe in die Sozialleistungen und Lohnsätze wie in das gesamte Tarifsysteem bringen

Der Mord geht um!

Nowawes, 12. November.

In Nowawes gingen am Donnerstag abend vier junge Kommunisten über den Friedrichkirchplatz. Plötzlich fiel ein Schuß, der den 18jährigen Herbert Ritter ins Herz traf und sofort tötete. Ein zweiter Kommunist erhielt einen Schuß in den Oberarm. Die Polizei, die Verstärkung aus Potsdam erhielt, suchte sofort nach dem Täter. Es gelang ihr, diesen in der Person des Arbeiters Günther Güstrow aus Nowawes zu verhaften. Dem Täter wurde bei seiner Verhaftung eine Hakenkreuznadel abgenommen.

Pollzeiwachtmeister erschossen

Aus Essen wird gemeldet: Der 43 Jahre alte Polizeihauptwachtmeister Bartkowiak in Recklinghausen wurde Donnerstag kurz nach Mitternacht auf der Straße durch mehrere Schüsse aus einer Heerpistole getötet. Der erste Schuß muß in der Nähe seiner Wohnung auf ihn abgegeben worden sein. Bartkowiak wollte dann seinem Mörder entkommen. Dieser jagte ihm aber noch mehrere Schüsse nach. Es steht fest, daß der Täter zunächst flüchtete, später jedoch zurückkehrte, um sich von der Wirkung seiner Schüsse zu überzeugen. Die Ermittlungen waren bisher erfolglos. Politischer Mord liegt scheinbar nicht vor.

soll. Selbstverständlich steht hinter den organisatorischen Reformplänen ebenfalls der Abbauwille der Reichsregierung, die das Versicherungswesen stärker zentralisieren will, um ihren Einfluß darauf zu vermehren.

Gesamtkündigung

Wir meldeten gestern, daß der Ruhrzechenverband die Absicht habe, „vorsorglich“ die Gesamtbelegschaft zu kündigen. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Zechenverbandes am Donnerstag abend hat nun tatsächlich beschlossen, auf allen Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Einzelarbeitsverträge zum 30. November vorsorglich zu kündigen. Die Kündigung hat, wie der Zechenverband erklärt, den Zweck, für den Fall des nicht rechtzeitigen Zustandekommens eines neuen Tarifvertrages den Werken die Möglichkeit zu geben, ab 1. Dezember neue Löhne festzusetzen, da nach der Rechtsprechung, falls die Einzelarbeitsverträge nicht gekündigt sind, die alten Lohnsätze auch bei Nichtzustandekommen einer Lohnordnung gelten würden. Gegenüber solchen „Erklärungen“ halten wir daran fest, daß die Gesamtkündigung sowohl einen Druck auf die Lohnverhandlungen wie auch auf den Wirtschaftsbeirat ausüben soll, um eine weitere Lohnsenkungsaktion zu erpressen.

Frankfurt und Hessen folgen

Frankfurt a. M., 12. November 1931

Am Donnerstag wurde in sämtlichen Betrieben der Metallindustrie Frankfurt a. M., Offenbach und Darmstadt die Kündigung sämtlicher Einzelarbeitsverträge ausgesprochen, um neue Lohn- und Akkordbedingungen herbeizuführen. Der Verband der Metallindustriellen schreibt dazu, daß er sich gezwungen sieht, den Belegschaften der Betriebe der Metallindustrie zum 17. November zu kündigen, wobei hinsichtlich der neu angebotenen Arbeitsbedingungen seitens der Industrie ein Entgegenkommen (!!) auf dem Stand des Jahres 1925 mit einem Tarifspitzenlohn von 72 Pfennigen gezeigt wird.

Friede zwischen Groener und der SPD

Mit dramatischem Trompetenschall begann der Krieg um Höltermanns harmlose „staatspolitische“ Rede zum 9. November. Mit einem sanften Flötenkonzert ist er: gestern schon im Reichsrat zu Grabe getragen worden. Groener erklärte, „es sei nicht so, daß etwa sachliche Meinungsverschiedenheiten zu einer Trennung geführt hätten“. Man müsse nur die Manuskripte ein bißchen früher vorlegen. Und Staatssekretär Weißmann erklärte im Namen Preußens, daß „er sich überlegen werde, wie man diesen Wunsch erfüllen könne“.

Na also! Ein kleiner Zwist kommt in den besten Ehen vor, und wenn alle so rasch und so friedlich beigelegt würden... Aber die SPD hat doch wenigstens mal wieder bewiesen, was sie alles für die Arbeiter leistet. Bei weiter sinkenden Löhnen und Unterstützungen dürfen die Arbeiter weiter den Frontkameraden Höltermann darüber reden hören, daß der Prolet das Vaterland tarmhoch über die Klasse stellt.

Der Faschismus rückt weiter vor. Nuncmehr liegen die Gesamtergebnisse der Wahlen für die Landwirtschaftskammer in dem Freistaat Oldenburg vor. Die NSDAP-Landbundesliste, die erstmalig bei der Kammerwahl auftrat, errang 23 von den insgesamt 36 Sitzen und hat damit die Mehrheit in der Kammer.

Reichsbanner gegen wehrlose Arbeiter!

Mit Gummiknüppeln und Schlagringen gegen Breslauer SAP-Genossen

Noch vor kurzem konnten wir berichten, daß in Bremen unser Schutzbund Reichsbannerleute, die von Nazis überfallen worden waren, zu Hilfe kam. Die Quittung für unsere Klassensolidarität haben wir am Donnerstag in Breslau erhalten.

In einer öffentlichen Versammlung im Schießwälder mußte der Führer des Afabundes, Aufhäuser, die Tolerierungspolitik der SPD rechtfertigen. Als in der Diskussion unserem Genossen Kirstein nur 10 Minuten Redezeit gewährt wurden, als er obendrein schon nach neun Minuten vom Versammlungsleiter Zimmer — der mit Recht den Eindruck der Ausführungen unseres Genossen fürchtete — mündtot geklingelt wurde, protestierte ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer gegen diese unfäre Handlungsweise und

wollte unter Gesang den Saal verlassen. Dem als Saalschutz fungierenden Reichsbannerleuten ging das anscheinend nicht schnell genug, so daß sie in der brutalsten Weise auf die in Ruhe abziehenden einschlugen und sich sogar

an Frauen, die auf gemeinste Weise mißhandelt wurden, vergriffen.

Ganze Horden von ihnen fielen über einzelne Wehrlose her und boten damit ein beschämendes Bild des Klassenkampfes gegen die eigenen Genossen, so daß selbst Anhänger der SPD ihrer Verachtung gegenüber diesem Treiben laut und nachdrücklich Ausdruck gaben.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß das Reichsbanner mit Gummiknüppeln und Schlagringen bewaffnet war.

Schüsse bei Chemnitz

Chemnitz, 13. November.

Nach einer in Gröna bei Chemnitz am Donnerstag abend abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Es entwickelte sich eine große Schlägerei, wobei auch etwa 30 Schüsse abgegeben wurden. Dabei erhielten zwei Nationalsozialisten und drei Kommunisten schwere Verletzungen, während einige andere leichtere Verletzungen davontrugen. 24 Kommunisten wurden verhaftet. (Und die Nationalsozialisten? Die Red.)

Die Begräbniskammer des Reichstags

Berlin, 13. November 1931

Der Rechtsausschuß ist für Mittwoch, den 9. Dezember einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen Anträge auf Straferlaß für Landwirte, die Widerstand bei Steuerentreibungen geleistet haben, auf Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist und auf Schutz der christlichen Feiertage, auf Festsetzung des 1. Mai und des 11. August als gesetzliche Feiertage, auf Einstellung der Zahlungen des Reichs und der Länder an Kirchen- und Religionsgesellschaften und auf eine neue vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenthümern.

Volksbegehren in Sachsen

Dresden, 13. November 1931

Die Kommunistische Partei hat mehr als 1000 Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Auflösung des Landtages beigebracht. Damit hat sie die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens erfüllt, so daß dem Antrage stattgegeben worden ist. Das Gesamtministerium hat deshalb in seiner heutigen Sitzung die Zulassung des Volksbegehrens beschlossen und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 2. bis 15. Dezember 1931 festgesetzt. Die näheren Vorschriften für die Durchführung des Volksbegehrens werden in der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht.

Massenabwehr und Terror

Halbe Wendung der KPD

o Berlin, 13. November 1931.

Bei der gegenwärtigen politischen Zuspitzung in Deutschland und angesichts der wachsenden Erkenntnis der Notwendigkeit revolutionärer Massenaktionen gegen die immer frecher auftretende Kapitalsdiktatur und gegen die immer provozierender auftretenden faschistischen Kettenhunde der Bourgeoisie bekommen die Fragen der Strategie und Taktik des Massenkampfes wachsende Bedeutung für die deutsche Arbeiterklasse. Angesichts der täglichen Zusammenstöße und Arbeitermorde, aus denen die klare Absicht der nationalsozialistischen Führung hervorgeht, ihre Sturmabteilungen an den Terror gegen die Arbeiterschaft zu gewöhnen und einen breiten Strom von Blut zwischen die Arbeiterbewegung und die sozial entwurzelten oder bis zum Blutausbruch verletzten Proleter der SA zu leiten, ist es von besonderer Bedeutung, daß die kommunistische Partei in einer öffentlichen Erklärung ihres Zentralkomitees Stellung nimmt gegen die Anwendung des individuellen Terrors als Kampfmittel. Es heißt in der Erklärung der ZK der KPD:

„Die linke Gefahr in der revolutionären Bewegung zeigt sich u. a. im Entstehen terroristischer Stimmungen, der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteurlichen Spielereien mit Sprengstoff (Fall Ueberbrück) ... Ohne auch nur einen Augenblick lang auf die Anwendung aller zweckmäßigen Kampfmittel zu verzichten, ohne auch nur im geringsten die kommunistische Losung des organisierten proletarischen Massenselbstschutzes gegen faschistische Ueberfälle und Gewalttaten einzuschränken, erklärt das Zentralkomitee jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig.“

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, ob diese Erklärung nur momentanen opportunistischen Erwägungen entspringt und auch nicht prüfen, warum sie so spät erfolgt,

nachdem schon allenthalben Unheil angerichtet ist. Liegt ihr wirklich der ernsthaftige Wille zugrunde, die terroristischen Tendenzen auszumerzen und die Aktion der Massen bei der Abwehr faschistischer Überfälle ebenso in den Mittelpunkt der Taktik zu stellen wie beim Angriff auf die Positionen der Kapitalklassen, dann ist dieser Beschluß und seine Durchführung ein begründeter Schritt.

Die taktische Wendung, die von der kommunistischen Partei damit vorgenommen wird — denn um eine Wendung handelt es sich und nicht um die Bekräftigung prinzipieller Beschlüsse und des Programms der kommunistischen Internationale, die die deutschen Kommunisten praktisch ausgeschaltet hatten — muß jedoch eine halbe bleiben, solange die Kommunisten nicht auf anderen Gebieten eine noch viel schärfere Revidierung ihrer bisherigen Taktik vornehmen. Und zwar ist von besonderer einschneidender Bedeutung und in der jetzigen Periode fieberhafter Unruhe an der ganzen Gewerkschaftsfront von äußerster aktueller Wirkung, daß die kommunistische Partei trotz aller Fehlschläge und Isolierung, trotz der wachsenden Erkenntnis auch in kommunistischen Kreisen von der Notwendigkeit einer Revidierung, an der Durchführung ihrer gewerkschaftsfeindlichen RGO-Politik festhält. Hier ist das wichtigste Gebiet, auf dem die Einzelaktion und Zersplitterung der Kräfte dem Klassenfeind zugute kommt; hier wird der revolutionäre Flügel des Proletariats durch die unverhältnismäßig hohen Opfer einer verrückten Putschtaktik geschwächt; hier wird vor allem der Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gestärkt und die proletarische Klassenfront geschwächt. Und dabei wäre die Wirkung einer revolutionär eingestellten starken Opposition in den Massenorganisationen, die die deutschen Gewerkschaften trotz aller RGO-Abspaltungen sind, von der größten praktischen Bedeutung für

die Aufrollung der Klassenfront in Deutschland.

Die sozialistische Arbeiterpartei wird ihre Kräfte einsetzen, um innerhalb der Gewerkschaften für eine andere Taktik zu kämpfen, um der jämmerlichen Hilflosigkeit des Taumelns von einer Kapitulation vor dem Faschismus ein Ende zu machen. Das hält uns allerdings nicht davon ab, immer wieder der KPD den Teil der Schuld an der Gestaltung der Lage in Deutschland zuzusprechen, den sie durch ihre verfehlte Taktik auf sich geladen hat.

Daß der Beschluß in der Frage des Einzelterrorismus eine Schwenkung auch in der Gewerkschaftsfrage ankündigt, ist vorläufig kaum anzunehmen. Die kommunistischen Führer haben sich mit ihren RGO-Experimenten in eine ebensoeigene Sackgasse — auch ihren eigenen Anhängern gegenüber — verrannt, wie die Führer des ADGB durch ihre reformistische Gesamthaltung. Im Interesse des deutschen Proletariats würden wir es jedoch begrüßen, wenn aus der halben Wendung eine ganze würde, wenn die KPD in der Ausmerzung aller putschistischen Auffassungen aus ihren Reihen weiterschreiten würde, von der Liquidierung der Taktik ideeller Unterstützung des Einzelterrorismus zur Liquidierung der RGO-Politik.

Revolution in Ekuador

New York, 12. November.

Wie Associated Press aus Guayaquil (Ekuador) meldet, haben Revolutionäre unter der Führung von Clotario Paz sich der Städte Santa Rosa und Pasaje Zaruma in der Provinz Oro bemächtigt. Der Kriegsminister gibt bekannt, daß Oberst Alba, der vor der Oktoberrevolution Ministerpräsident mit den Machtbefugnissen eines Präsidenten war, sich als Diktator ausruhen läßt. Truppen sind an Ort und Stelle abgegangen.

Guayaquil, 13. November.

Der Kongreß hat den Präsidenten Moreno mit besonderen Vollmachten zur Bekämpfung der gestern ausgebrochenen Revolution ausgestattet.

Ein Nazifreund bei der Gesandtschaft am Vatikan

Wie amtlich berichtet wird, ist der Legationsrat Graf von Saurma-Jeltsch, der zuletzt in der Presse-Abteilung der Reichsregierung Dienst tat und dort durch unsachliche Information der Auslandspresse über innerpolitische Vorgänge auffiel, zur Deutschen Gesandtschaft am Vatikan versetzt worden.

Graf von Saurma, der einer streng katholischen Familie von schlesischem Adel angehört, hat vor seiner Berufung ins Auswärtige Amt einige Jahre zum Personal der Deutschen Botschaft in Paris gehört. Er wurde infolge seines Auftretens in den Salons des Boulevard St. Germain dort allgemein für einen Nazi gehalten.

An der Kurie wird der neue Rat zweifellos im Sinne einer Förderung der Koalitionsmöglichkeiten mit Hitler wirken.

Man kann auch gnädig sein. Auf Grund einer Erklärung der Redaktion und des Verlegers hat der Berliner Polizeipräsident das am 10. November verfügte Verbot der „Deutschen Zeitung“ aufgehoben, so daß das Blatt am Freitag wieder erscheinen konnte. — Die „Deutsche Zeitung“ ist allerdings auch kein Blatt der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Landesverrat in Serien

Jorns ladet zur Hauptverhandlung — Graf Bernstorff als Sachverständiger

Im Nachgang zu unserer gestrigen Notiz über das Landesverratsverfahren gegen von Ossitzky und Kreiser, in dem Termin zur Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht für den 17. November ansteht, können wir heute noch einige Ergänzungen mitteilen.

Von Bedeutung ist erstens, daß die Ladungen zur Hauptverhandlung, die der Oberreichsanwalt hat ergoßen lassen, in dessen Vertretung vom Reichsanwalt Jorns gezeichnet sind, der wieder Dienst tut, als ob nie ein Gericht festgestellt hätte, daß er

die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hätte laufen lassen.

Aber im September hat die Gnaden-Instanz, als welche das Reichsgericht hier auftrat, den Entschuldigungspruch der revidierten Berliner Strafkammer für rechtskräftig erklärt.

Ferner ist aufgefallen, daß in der Hauptverhandlung nicht der Präsident des Vierten Strafsenats, sondern einer seiner Beisitzer, nämlich der Reichsgerichtsrat Alexander Baumgarten, den Vorsitz führen soll, der auch den Hochverratsprozeß gegen die Offiziere des Ulmer Artillerie-Regiments geleitet hat.

Gegen Baumgartens Objektivität bestehen begründete Bedenken. In einem früheren Landesverratsprozeß (in dem er nur als Beisitzer teilnahm) hat er dem Verteidiger eines der Angeklagten das schöne Wort gesagt: „Ich verstehe gar nicht, daß der Präsident die Angeklagten so lange reden läßt. Wenn ich diese Verhandlung zu leiten hätte — ich hätte die Kerls in drei Stunden verknackt...“

Die Angeklagten machen entgegen der Anklage, die ihnen vorwirft, geheim zu haltende Vorgänge aus der deutschen Luftfahrt im Rahmen einer an sich zulässigen Etatskritik öffentlich bekanntgemacht zu haben, geltend, daß die von ihnen gerügte Verwendung von Haushaltsmitteln für militärische Zwecke bereits lange zuvor, nämlich in einer Rede des Abgeordneten Krüger im Haushaltsausschuß des Reichstags (am 3. Februar 1928) behandelt worden sei. Krüger verlangte damals, daß die „Abteilung M“ des Verkehrsministeriums künftighin dem Reichswehrministerium angeschlossen würde.

Die Verteidigung hatte in Aussicht genommen, den konservativen Professor und früheren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hoetzsch als Sachverständigen für die Frage zu laden, ob die Bekanntgabe von Etatsverletzungen, wie sie die „Weltbühne“ bewirkt, nicht eher dem Ausland einen guten Eindruck vermittele. Professor Hoetzsch hatte sich prinzipiell bereit erklärt, als Gutachter für diese Frage vor dem Reichsgericht aufzutreten, hat aber dann doch seine Zusage zurückgenommen, da er für den Tag der Hauptverhandlung zu einem Vortrag nach London gebeten worden war. Wir hören nun, daß die Verteidigung beabsichtigt, den früheren Botschafter und Führer der deutschen Völkerbundsdelegation, Graf Johann Heinrich von Bernstorff, als Sachverständigen für die gleiche Frage laden zu lassen.

Justiz schützt den Stahlhelm

Wie man weiß, fordert das Reichswehrministerium seit langem den Erlaß des von ihm schon seit über Jahresfrist vorbereiteten sogenannten „Pazifisten“-Gesetzes durch Not-

Parlamentseröffnung in Paris

Lavals erster Sieg

Außenpolitischer Bericht vor dem Auswärtigen Ausschuß

Paris, 12. November.

Das französische Parlament ist heute nachmittag nach einer Pause von 4½ Monaten zusammengetreten. Hinsichtlich der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit beantragte Léon Blum, daß schon morgen nachmittag mit der Diskussion begonnen werde und daß hierzu auch die Vormittage verwendet würden. Er erklärte in seiner Debatterede,

daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich ständig zunehme.

Alle Industrien „außer der des Herrn Maginot“ seien davon betroffen. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sei notwendig. Léon Blum bemängelte die veröffentlichten Ziffern, da nach seiner Ansicht die Statistik nicht die wahre Lage wiedergebe. Was wäre aus England und Deutschland geworden, so fragte er, wenn diese Länder nicht die obligatorische Arbeitslosenunterstützung durchgeführt hätten? Mit den von der Regierung geplanten Notstandsarbeiten könne man nur für etwa 100 000 Personen auf ein Jahr Arbeit beschaffen.

Ministerpräsident Laval widersetzte sich der sofortigen Diskussion der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit nicht; er widersprach jedoch der Behauptung, daß die Regierung nicht ihre Schuldigkeit getan habe. Gerade weil England und Deutschland diese Versicherung in einer bestimmten Art und Weise aufgefaßt hätten, hätten diese Länder besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden.

Morgen werde im Journal Officiel ein Dekret erscheinen, durch das eine Unter-

verordnung. Dieses Gesetz soll jede Mitteilungs- und Zuchthausdrohungen verhindern, wobei als „Vorgänge militärischer Natur“ nach früheren Mustern auch Mitteilungen über illegale militärische Organisationen gelten sollen.

Die Judikatur des Reichsgerichts ist bekanntlich schon seit Jahren diese Wege gegangen und hat damit die Strafbestimmung des § 92, Absatz 1, des Strafgesetzbuchs in einer Weise ausgeweitet, die dem Sinn, wie dem Wortlaut dieses Paragraphen strikt zuwiderläuft. Der neue Strafgesetzentwurf dagegen will die Rechtsprechung des Reichsgerichts durch Angleichung der Strafbestimmung an die bisher schon geübte Judikatur legalisieren.

Jetzt wird wiederum ein Fall zur Verhandlung kommen von der oben gekennzeichneten Art. Anlässlich der großen Stahlhelmparade in Breslau am 31. Mai dieses Jahres wurden zwei Tschechen und ein Mann polnischer Staatszugehörigkeit von der polnischen Polizei festgenommen, die angeblich verhaftet hatten, den Stahlhelm „auszuspähen“. Gegen einen von diesen Leuten, den polnischen Staatsangehörigen Anton Sternal wird in den nächsten Tagen vor dem Großen Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts wegen Verrats militärischer Geheimnisse prozessiert werden, nachdem das Reichsgericht diese Strafsache nach Breslau abgegeben hat.

Alle Dinge, die der Angeklagte „auszuspähen“ versucht hat, sind seinerzeit in aller Öffentlichkeit in den Zeitungen besprochen und kritisiert worden. Die Anklagebehörde argumentiert aber mit der These, daß, wenn auch der Stahlhelm in keiner, wie immer gearteten Verbindung zur Reichswehr stünde, der Angeklagte doch dieser — falschen — Ansicht war und daß er daher die Landesverteidigung vorsätzlich schädigen wollte.

Der Prozeß wird im Ausland das größte Aufsehen erregen müssen. Gleich nach der Verhaftung Sternals hat der vormalige britische Außenminister Sir Austen Chamberlain, der bald danach Marineminister im Nationalkabinett MacDonald wurde, in einem Offenen Brief an den Herausgeber der „Times“ die Nachricht von der Verhaftung des polnischen „Spions“ mit der fast gleichzeitig dem französischen Außenminister Briand durch den Botschafter von Hoesch übermittelten Erklärung der Reichsregierung konfrontiert, die sagte, daß die Aufregung, die in Frankreich über die Stahlhelmparade herrsche unberechtigt sei, denn der Stahlhelm sei

ein privater Verein, der in keinen Beziehungen zu staatlichen Organen stünde, weswegen die Reichsregierung auch keine Möglichkeit gehabt habe, die auf der Tagung in Breslau gehaltenen Reden zu beeinflussen. Sir Austen Chamberlain hatte in seinem Offenen Brief die Aufrichtigkeit der Reichsregierung in Zweifel gezogen und schließlich gesagt:

„Alle diese Vorgänge könnten nicht bezeichnender sein, wenn es die Absicht (der Reichsregierung) — Red. „SAZ“) gewesen wäre, das Vertrauen in Deutschlands guten Glauben zu zerstören.“

Wir werden über den Verlauf des Prozesses berichten.

Aufhebung des Redaktionsgeheimnisses

wollte Brüning notverordnen

Aber: die Juristen waren dagegen

Wie man erfährt, haben einige Indiskretionen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats, die in die Presse gelangt waren, den Reichskanzler Brüning dermaßen aufgebracht, daß er erwog, ob man nicht der Presse durch Notverordnung die Verpflichtung aufliegen könne, bei Indiskretionen aus Kabinetts- und Beirats-Beratungen den Namen des Gewährsmannes preiszugeben. Herr Brüning hatte sogar ernsthaft den Gedanken erörtert, ob man nicht den verantwortlichen Redakteuren solcher Blätter, die Beratungsgeheimnisse der Regierung enthüllen würden, die Frage nach dem Gewährsmann unter Eid stellen könne.

Wie wir hören, ist der Reichskanzler von seiner ursprünglichen Absicht, die Notverordnungsmaschine zu derartigen Ueberrückigkeiten zu mißbrauchen, fürs erste abgebracht worden. Dabei dürfte der Reichsjustizminister Joël mit der Erwägung, daß der Ruf Deutschlands als „Rechtsstaat“ im Ausland schon genügend erschüttert sei und durch dekretierte Ungesetzlichkeiten der vom Reichskanzler ins Auge gefaßten Art nicht vollends zerstört werden dürfe, den Ausschlag zur negativen Beantwortung der Frage gegeben haben.

Was muß geschehen, damit die Polizei etwas merkt?

Krefeld, 13. November.

Das Polizeipräsidium teilt mit, Gestern abend zogen Nationalsozialisten vor das Haus des Polizeipräsidenten und schellten dort an die Tür. Als die Fenster geöffnet wurden, johlten sie und gaben mehrere Schüsse ab. Daraufhin ordnete der Polizeipräsident eine Durchsuchung des Parteilokals in der Königstraße an. Mehrere Personen wurden zwangsgestellt wegen verbotenen Tragens von Uniformen. Im Dachgeschoß des Hauses wurde ein Nachtlokal festgestellt, das dauernd besetzt war und in Verbindung damit ein unerlaubter Herbergsbetrieb. Der Gasthausbetrieb wurde geschlossen.

Sowas merkt die Polizei erst, wenn der Herr Polizeipräsident sich über die Störung seiner Nachtruhe ärgern muß.

Es bröckelt bei der SPD

Der Genosse Karl Okonsky und seine Frau, beide jetzt in Ratiborhammer in Oberschlesien, sind der SAP beigetreten. Okonsky ist von 1912 bis 1919 Redakteur an der „Volkswacht“ in Breslau gewesen, er ging dann nach Oberschlesien und war jahrelang leitender Redakteur der ober-schlesischen Parteiblätter. Von 1919 ab bis zum Ende der ober-schlesischen Besatzungszeit ist er auch Reichstagsabgeordneter für Oberschlesien gewesen. Seine Frau war viele Jahre lang Mitglied des Vorstandes der Breslauer Parteiorganisation und hat in der sozialistischen Frauenbewegung Schlesiens stets eine große Rolle gespielt.

Waffenbruder Hindenburg

Heidenehrung

durch die erwachenden Ungarn

Der Reichsverweser des Königreichs Ungarn, Admiral Horthy, hat Herrn von Hindenburg die Inhaberschaft des 3. Honved-Regiments in Stuhlweißenburg angetragen. Eine Offiziersabordnung des Regiments wird dem Generalfeldmarschall am 16. November in Berlin die Insignien seiner neuen Würde überreichen.

Die Ehrung gilt ausdrücklich nicht dem Präsidenten der deutschen Republik, denn die offiziellen Blätter in Budapest führen sie auf die „Waffenbrüderschaft“ der deutschen und ungarischen Truppen“ zurück. Ob Herr von Hindenburg gleichzeitig zum „Helden“ ernannt werden soll — die Ungarn haben diesen Rang für besonders verdienstvolle Krieger eingeführt — steht noch nicht fest.

Dem Kollegen Hindenburgs, dem Generalfeldmarschall von Mackensen, der während des Krieges wiederholt ungarische Verbände kommandiert hat, ist eine gleiche Auszeichnung übrigens nicht widerfahren. Dafür wurde Mackensen nach Beendigung der Feindseligkeiten auf dem Balkankriegsschauplatz von ungarischem Militär auf einem Schlosse, nahe Budapest, interniert.

Der „Vorwärts“ berichtet über die Auszeichnung des Generalfeldmarschalls unter der Ueberschrift: „Horthy ehrt Hindenburg.“

Es ist der gleiche Horthy, der die ungarische Arbeiterbewegung blutig unterdrückt und niedergeschlagen hat...

im Youngplan vorgesehenen besetzenden Sonderausschusses ergriffen werde.

Erst nach Einbringung des Berichtes der Sachverständigen würden die Regelungen der Bedingungen und Bestimmungen der neuen Regelung ins Auge zu fassen haben. Auf eine Frage des Abgeordneten Guernot erwiderte der Ministerpräsident, daß innerhalb der Reparationen und Kriegsschulden er die Freiheit der französischen Regierung vorbehalten habe, genau wie Präsident Hoover diejenige seiner Regierung. Zum Schluß betonte Ministerpräsident Laval, daß die Rechte des Parlaments in jeder Weise gewahrt worden seien.

daß die Initiative für die Einberufung des

Die deutsche Novemberrevolution

(2. Fortsetzung.)

Von GEORG LEDEBOUR

2. Wie am 2. November 1918 das rechtzeitige Losschlagen hintertrieben wurde

Revolutionen werden sicher nicht gemacht. Sie sind in der seit vielen Jahrtausenden auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnung Europas stets vernetzt worden durch den Verfall der jeweiligen Ausbeutungsform. Kommt das der herrschenden Ausbeuterklasse zum Bewußtsein, sieht sie ihre Macht zerbröckeln, dann sucht sie durch brutale Uebersteigerung ihrer Herrschaftsmittel sich in der Macht zu behaupten und gerade dadurch fordert sie die vom Befreiungsdrang durchglühte Klasse der Ausbeuteten zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Wirtschafts- und Staatsordnung heraus. Ob dann die Revolution sofort den erforderlichen Erfolg haben wird, das hängt von der Zielklarheit und Tatbereitschaft der Vorkämpfer der Unterdrückten ab. Das war vollauf der Fall in den bürgerlichen Revolutionen Englands im 17. Jahrhundert und Frankreichs im 18. Jahrhundert. In Deutschland haperte es daran in kläglicher Weise selbst noch in der verspäteten bürgerlichen Revolution von 1848. Und ein ähnlicher Unstern wartete auch wieder über der proletarischen Revolution von 1918.

Im Jahre vorher war den Bolschewiki die proletarische Revolution in Rußland voll auf gelungen. Die wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen für die Revolution waren auch in Deutschland durch die zerrüttende Wirkung des Weltkriegs herbeigeführt. Wir revolutionären Sozialisten hatten auch innerhalb unserer politischen Organisation, der Unabhängigen Sozialdemokratie, und unter den uns anhängenden, fast durchweg revolutionär gesinnten Metallarbeitern Berlins die Vorbereitungen so weit getrieben, daß wir des sofortigen Erfolges sicher zu sein glaubten. Wir hofften auch insbesondere auf die Unterstützung des zwar sehr kleinen, aber überaus rührigen Spartakusbundes uns unbedingt verlassen zu können. In der Hinsicht wurden wir allerdings schwer enttäuscht.

Im Oktober 1918 war durch den beginnenden Zusammenbruch der Verteidigung an der Westfront, die plötzliche Waffenstillstands- und Friedensforderung der Obersten Heeresleitung und der dadurch bewirkte völlige Regierungswirrwarr in Deutschland selbst die objektive Voraussetzung für eine proletarische Revolution mit sozialistischem Endziel voll auf geschaffen. Es war für uns die höchste Zeit, den kapitalistischen Machthabern und ihren Regierungshandlangern das Heft aus den Händen zu winden.

Wir hatten deshalb zum Abend des 2. November eine Sitzung der revolutionären Obleute veranlaßt. Morgens fand eine Vorbesprechung statt, an der einige Abgeordnete der USP sowie Vertreter des Spartakusbundes, darunter der seit dem 26. Oktober freigekommene Genosse Karl Liebknecht teilnahmen.

In dieser Vorbesprechung stellte ich sofort den Antrag, einen von allem Fraktionskollegen der USP, den Spartakus-Führern und dem Vorstand der revolutionären Obleute unterzeichneten Aufruf zum Morgen des 4. November (einem Montag) zu erlassen, der zum Massenstreik, konzentrischen Vormarsch nach dem Regierungsviertel und Niederwerfung jedweden Widerstandes seitens der Polizei und des Militärs aufforderte. Mein Antrag wurde ohne Widerspruch zu finden, einstimmig angenommen. Nur der Genosse Haase hatte, wie er nachher erklärt hat, sich der Abstimmung enthalten. Jedenfalls wollte er, obgleich ihm der Antrag an sich nicht sympathisch war, doch der Ausführung des Beschlusses keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Abends in der Versammlung der revolutionären Obleute, an der alle Teilnehmer der Vorbesprechung auch anwesend waren, beantragte der Vorsitzende, der Genosse Emil Barth, dem ich die Begründung überlassen hatte, mit energischen Worten den Massenstreik zum 4. November. Er beging dann aber den Mißgriff, zunächst die Obleute der kleineren Betriebe zur Meinungsäußerung aufzufordern. Sie redeten fast durchweg gegen den Massenstreik, weil bei ihren Genossen keine Stimmung dafür vorhanden sei. Die darauf das Wort erhaltenden Obleute der größeren Betriebe waren umgekehrt fast alle dafür.

In der nun beginnenden allgemeinen Diskussion sprach zu meinem größten Erstaunen Karl Liebknecht, der am Vormittag für meinen Antrag gestimmt hatte, nunmehr sich gegen den Massenstreik aus. Er empfahl statt dessen tägliche, sich steigernde Massendemon-

strationen. Nunmehr erklärten Hugo Haase und mit ihm der gleichfalls freigekommene Wilhelm Dittmann sich auch für diesen Antrag Liebknecht.

Es gab nun einen leidenschaftlichen Meinungskampf, in dem außer Barth und mir auch noch der Genosse Ernst Däumig für das sofortige Losschlagen eintrat.

Wir machten geltend, daß für die Arbeiterschaft in Berlin bloße Demonstrationen als Kampfmittel vollständig überholt seien. Es war wiederholt im Laufe der letzten Jahre dazu gekommen. Dann hatte die Schutzmannschaft eingehauen. So war noch vor kurzem eine Frau, der man die Nase abgeschlagen hatte, an der Verwundung gestorben. Auch zahlreiche Verhaftungen waren erfolgt. Zur Stimmungssteigerung waren Demonstrationen nicht mehr erforderlich. Unter den wirklich revolutionär gesinnten Arbeitern war unserer Kenntnis nach allgemein der Entschluß zum Endkampf herangereift. Unsere Auseinandersetzung über die Ratsamkeit von bloßen Demonstrationen trug somit einen ähnlichen Charakter, wie die über die nämlliche Frage kurze Zeit vorher in Stockholm. Doch leider ließ sich Karl Liebknecht nicht wie Radek von der Verkehrtheit seines Gegenantrags überzeugen. Er hielt stur daran fest. Im Verlauf der Debatte hatte Dittmann noch besonders bemängelt, daß die ganze Fraktion der USP den Aufruf unterzeichnen solle. Ich erwiderte: „Wenn ihr nicht mitmachen wollt, dann unterzeichne ich allein!“ Wütend schrie mir Dittmann zu: „Das darfst du nicht! Dann müßtest du erst die Genehmigung der Fraktion einholen!“ „Ach was!“ erwiderte ich, „es gibt Situationen, in denen ein Revolutionär schnell nach eigenem Ermessen handeln muß. Wird der Aufruf erlassen, so unterzeichne ich unter allen Umständen!“

So tobte der Meinungskampf hin und her bis spät nach Mitternacht. Als es zur Abstimmung kam, wurde eingewandt: „Für den Montag ist es für die allseitige Benachrichtigung schon zu spät. Der Termin des Massenstreiks muß auf den 5. November verlegt werden.“ Der Antrag wurde denn auch dementsprechend abgeändert.

Das Stimmrecht hatten als Vertreter der Betriebsarbeiter, die den Streik tatsächlich auszuführen hatten, nur die revolutionären Obleute. Jeder Obmann hatte eine Stimme, so daß also ein Betrieb von 10 000 Arbeitern nicht mehr Einfluß hatte, als ein Betrieb mit 1000 Arbeitern. Das hat sich höchst verhängnisvoll ausgewirkt, da, wie ich schon erwähnte, die kleineren Betriebe in flauer Stimmung waren. Hätten die Betriebe nach der Anzahl der in ihnen tätigen Arbeiter Geltung gehabt, so wäre zweifellos unser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. So ging es umgekehrt aus. Der Antrag auf Massenstreik zum Sturz der Regierung am 5. November erhielt 19 Stimmen; dagegen stimmten 21 Obleute. Der Antrag war also abgelehnt. Dann wurde über den Antrag Liebknecht für die Beschränkung auf Demonstrationen abgestimmt. Er erhielt nur zwei Stimmen. Daraus geht hervor, daß unter den revolutionären Obleuten nur zwei Spartakisten waren, und daß für die übrigen Arbeiter die Methode bloßer Demonstrationen völlig überholt war. Schließlich wurde dann von der Mehrheit ein Antrag Richard Müllers angenommen, die Sache solle bis zum Montag, 11. November, vertagt werden.

Nunmehr kam Karl Liebknecht zu mir mit den Worten: „Ich wollte Dir nur sagen, wenn ich hätte mitstimmen dürfen, so hätte ich zunächst für Deinen Antrag gestimmt.“

Wäre das wirklich seine Absicht gewesen, so hätte er seinen eigenen Antrag als Eventualantrag einbringen, in erster Reihe aber für die Annahme meines Antrags plädieren müssen. Dann hätten die beiden Spartakisten unter den Obleuten, womöglich auch noch andere Genossen gleichfalls zunächst für meinen Antrag gestimmt, und er wäre dann zweifellos angenommen worden. Liebknechts Antrag war aber ein Gegenantrag gegen den meinen, und zwar der einzige. Die ganze mehrstündige Debatte drehte sich nur um die Frage: Sollen wir wieder nur zu Demonstrationen auffordern oder zum revolutionären Endkampf für die sozialistische Staats- und Wirtschaftsordnung? Die Spartakisten tragen also die Hauptschuld daran, daß der Zeitpunkt für diesen Endkampf verpaßt und damit den Antirevolutionären die Möglichkeit verschafft wurde, sich in die Macht hineinzuschmuggeln und dann die Revolution abzuwürgen.

Immerhin hatte ich damals und weiter noch jahrelang geglaubt, daß Liebknecht zu seinem erstaunlichen Gegenantrag durch die Flammerei der Obleute der kleinen Betriebe verleitet worden sei. Das wäre für einen entschiedenen Revolutionär als Beweis von Wankelmüt schon schlimm genug gewesen. Nachträglich hat sich aber herausgestellt, daß die Sache noch weit schlimmer war. Als ich nämlich im Jahre 1928 in einer Volksversammlung jene Vorgänge am 2. November 1918 geschildert hatte, veröffentlichte kurz darauf der kommunistische Genosse Wilhelm Pieck in der „Roten Fahne“ seine Erinnerungen an jene Zeit. Da erzählte er, nach Annahme des Antrages auf den revolutionären Massenstreik am Morgen des 2. November seien ihnen (den Spartakisten) doch andere Gedanken gekommen. Sie hätten deshalb „russische Freunde“ um Rat gefragt und die hätten ihnen dann zugestimmt, daß es doch wohl besser sei, abends gegen den Massenstreik und für die Beschränkung auf Demonstrationen einzutreten. Kommentar überflüssig!

Hier nur noch eine Bemerkung über eine wichtige Organisationsfrage! Nach meiner Ueberzeugung geht aus jenem abendlichen Umsturz des am Morgen gefaßten Beschlusses klar hervor, daß eine revolutionäre Organisation ihre Beschlußfassung nicht durch mehrere Instanzen emporklettern lassen darf. Sie muß ihre entscheidende Oberleitung in einem kleinen Gremium entschlossener Genossen haben, deren Beschlußfassung endgültig ist. Sie darf nicht genötigt sein, vor der Tat noch an eine größere Körperschaft zu appellieren, ebensowenig wie eine oberste Heeresleitung erst die sämtlichen Regimentskommandeure zusammenrufen braucht, um von ihnen in parlamentarischer Debatte beraten und dann mit Mehrheit beschließen zu lassen, ob sie sich auf eine Schlacht einlassen soll, oder nicht.

Hätten wir damals eine solche Organisation mit diktatorischer Spitze gehabt, dann hätten wir den Beschluß der Oberleitung vom Morgen des 2. November sofort zur Durchführung gebracht, und Karl Liebknecht und die anderen Spartakisten wären überhaupt gar nicht in die Lage gekommen, ihre unheilvolle Gegenaktion zu inszenieren.

(Weitere Artikel folgen.)

Schnorrssystem Böß

Aus dem Sklarekprozeß

Zu einem sehr interessanten Vorstoß der Verteidigung kam es zu Beginn der Freitag-Verhandlung des Sklarek-Prozesses.

Rechtsanwalt Kurzig weist auf eine Aeuflerung seines Mandanten Gaebel hin, daß er keine Bedenken getragen habe, von Sklarek Geld für Wohlfahrtszwecke zu fordern, da doch Sklareks große Lieferungen für die Stadt Berlin gemacht hätten.

Der Vorsitzende hatte diese Auffassung für sehr bedenklich erklärt.

Rechtsanwalt Kurzig stellt nun unter Beweis, daß es sich hier um ein von Oberbürgermeister Böß eingeführtes System handele, das auch noch heute durchaus üblich sei.

Er nennt zum Beweis die Firmen Behala, Tietz, N. Israel, Loeser & Wolff und Karstadt.

Bürgermeister Schneider bekundet, selbst gesehen zu haben, wie der Kommerzienrat Schöndorf von der Fa. Karstadt dem Oberbürgermeister selbst einen Scheck über 10 000 Mark gegeben habe, für die er sich, wie für alle diese Spenden, persönliches Verfügungsgrecht vorbehalten habe.

Staatsanwaltschaftsrat Weibenberg behauptet, daß Böß über die Verwendung der Spenden durch Direktor Hanig Buch geführt habe.

Rechtsanwalt Kurzig behält sich weitere Fragen in dieser Hinsicht bis zur Vernehmung des Zeugen Böß vor.

Rechtsanwalt Puppe behauptet, daß auch Frau Böß über Spenden verfügt habe und darüber nur ein privates Buch geführt habe.

Schneider bezeichnete es als offenes Geheimnis, daß Böß über große Mittel verfügte, die zum großen Teil zum Erwerb von Kunstwerken dienten.

Rechtsanwalt Kurzig nennt zum Beweis, daß dieses System noch heute gelte, die Lieferanten des Krankenhauses Friedrichshain, die in der Zeitschrift des Bezirksamtes Friedrichshain als Inserenten herangezogen wurden. Ferner die Zeitschrift des Virchow-Krankenhauses, die Zeitschrift des Landesjugendamtes, wo die Stadträtin Weyl dieselbe kategorische Forderung stellte.

Die Fa. Tietz habe für die 25 Austauschschüler der Stadt Berlin gerade stehen müssen.

Willi Sklarek behauptet, daß ein direkter Zwang ausgeübt wurde, immer der erhielt Lieferungen, der vorher seine Spende

bei Böß abliefern. Sogar die Restaurateure, die mal zu einer Festlichkeit herangezogen wurden, mußten 1000 Mark spenden. Sofort nach Vertragsabschluß forderte Stadtrat Schünung von Willi Sklarek im Auftrage von Böß die Summe von 20 000 bis 25 000 Mark. Immerhin schöne Sitten.

Rechnung gefällig?

Was Degner erzählt

In der Nachmittagsverhandlung des Sklarek-Prozesses kam es dann bei der Vernehmung des Angeklagten Degner zu einer überaus mysteriösen Bekundung.

Degner gibt an, ihm sei von einer Persönlichkeit, die er nicht nennen wolle, die aber der Staatsanwaltschaftsrat Weibenberg sehr gut kenne und die in der Anklageschrift eine große Rolle spiele, eine Rechnung der Firma Keller & Furch, der Anzugslieferantin Sklareks, angeboten worden. Ähnliche Rechnungen seien auch zahlreichen anderen Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit Sklareks bisher noch nicht genannt worden waren, angeboten worden, und auf Grund dieser Rechnungen seien von zahlreichen höheren Beamten Regulierungen vorgenommen worden. Er habe das Angebot dieser mysteriösen Persönlichkeit abgelehnt, da seine Zahlungen in Ordnung waren. Diese Persönlichkeit sei am Tage darauf vom Staatsanwalt geladen worden. Degner weigert sich, Namen zu nennen, um nicht neue Personen hereinzuziehen. Degner bestreitet mit großer Energie und zahlreichen Angriffen auf den Staatsanwalt für seine Person jede Schuld.

Sklarek subventionierte SPD und KPD

Aus der Verhandlung am Donnerstag sei noch das folgende Intermezzo nachgetragen:

Leo Sklarek: Ich habe mit Vorliebe meine Unterstützung der SPD und der KPD zuteil werden lassen.

Vorsitzender: Sie gehörten doch der SPD an? Warum unterstützten Sie denn die KPD?

Leo Sklarek: Das waren doch früher einmal Brüder, und es wäre nach meiner Ansicht viel besser, wenn SPD und KPD zusammengingen!

Der Nobelpreis für Chemie an deutsche Gelehrte

Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Chemie zwischen den Professoren Carl Bosch und Friedrich Bergius zu verteilen wegen ihrer Erforschung der Entstehung und Entwicklung der Hochdruckmethode. Die Akademie hat ferner beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Physik nicht zu verteilen, sondern bis zum nächsten Jahre zurückzustellen.

Verbrechen im Walde

Honnef, 13. November.

Ein gräßliches Verbrechen wurde im Walde bei Honnef aufgedeckt. Ein Mann fand die 25jährige Anna Fischer an einer Bank mit einem Strick erhängt vor. Die sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß es sich nicht um Selbstmord, sondern um ein Verbrechen handeln muß. Am Abend vorher war das Mädchen mit einem jungen Mann gesehen worden. Die Annahme, daß es sich um ein Verbrechen handelt, wird geschloßen aus der Lage der Leiche, aus der Art der Befestigung des Strickes an der Bank und aus der Form der Schlinge. Die Staatsanwaltschaft aus Bonn beschlagnahmte die Leiche.

Goldfunde in Waldeck

Wie aus Waldeck gemeldet wird, soll der Goldbergbau, der im 16. Jahrhundert am Eisenberg mit großem Erfolg betrieben wurde, in Kürze wieder aufgenommen werden, nachdem die jahrelange Durchforschung der alten Baue und die systematische Probeaufnahme überraschend gute Ergebnisse gezeitigt habe. Das Gold sei sogar in festem Gestein sichtbar aufgefunden worden. Mit dem Bau einer neuen Schachtanlage soll demnächst begonnen werden.

Kopenhagen empfängt die Grönlandforscher

Kopenhagen, 13. November.

Von einer großen Menschenmenge freudig begrüßt, traf am Freitag, gegen 10 Uhr, das Grönlandschiff mit den letzten Teilnehmern der Alfred-Wegener-Expedition und der englischen Watkins-Expedition im Kopenhagener Hafen ein. Nachdem das Schiff unter dem Jubel der Zuschauer festgemacht hatte, begrüßte Staatsminister Stauing die Heimkehrer im Namen des dänischen Volkes und dessen Regierung. Für die zurückgekehrten Expeditionsteilnehmer sprach Dr. Kurt Wegener.

Wirtschaft und Arbeit

Die Kapitalisten suchen einen Ausweg

Der Kapitalismus ist die Krise! Die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems müssen sich periodisch in Krisen Luft machen. Die Krise gehört zum Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft wie der Schlaf zu den Funktionen des Lebens. Die Krise stellt, nachdem die einzelnen Glieder des Warenmarktes: Geld und Ware, Produktionsmittel und Konsummittel, Produktionskraft und Kaufkraft aus dem Gleichgewicht gekommen sind, nachträglich das Gleichgewicht wieder her.

Daß die heutige Krise umfangreicher in Hinsicht auf die betroffenen Gebiete, tiefer in Hinsicht auf den Produktionsrückgang, länger in Hinsicht auf die Dauer der Depression, schwerer in Hinsicht auf Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit und Produktionsdrosselung ist, wird heute nicht mehr bestritten. Noch im vergangenen Winter freilich glaubte der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Naphtali diese Ansicht mit ein paar Zitaten über die Wirkung früherer Krisen ablehnen zu können. Aber die Frage ist gar nicht, ob in London oder Manchester oder sonstwo auch früher so schwere Krisenwirkungen festzustellen waren, sondern ob die Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft im ganzen so schwer betroffen sind, ob neben den von der Krise betroffenen Volksgruppen auch noch konjunkturunempfindliche Gruppen existieren, die den Krisenstoß auffangen und abdämpfen.

Und ein weiterer Unterschied muß vermerkt werden: seit sich im Jahre 1928 die Umwandlungstendenzen der Hochkonjunktur anmeldeten, geht die Konjunkturkurve — allen silbernen oder papierernen Hoffnungstreifen zum Trotz — immer weiter abwärts und selbst im Winter 1931 hat sich darin nichts geändert. Der Leiter des Deutschen Konjunkturforschungsinstituts, Prof. Wagemann, hat dieser Tage erst festgestellt:

„Das ist die Tatsache, daß nach einer Krisendauer von zwei Jahren noch keine Tendenzen wahrzunehmen sind, die auf eine Erholung der schwer ringenden Wirtschaft hindeuten. Die Genesungskräfte scheinen gelähmt zu sein.“

Die Auftriebstendenzen fehlen! Die Krise schlägt nicht in einen neuen Konjunkturaufschwung um, sondern stagniert. Die Krise droht je länger je mehr zu einer Dauerkrise auszuwachsen und damit den Kapitalismus zu vernichten. Wir finden in demselben Artikel Wagemanns ein bezeichnendes Wort für die Eigenart des heutigen Krisenverlaufes gegenüber dem Ablauf früherer Konjunkturwechselphasen: „Ein außerordentlich verwickeltes Reaktionspiel, der sogenannte „Wirtschaftsautomatismus“, verwandelte allemal in verhältnismäßig kurzer Zeit eine in ihren Funktionen gelähmte Volkswirtschaft in einen gesund und kräftig pulsierenden Wirtschaftskörper.“

Dieser, die Störungen immer wieder überwindende Mechanismus scheint jetzt aber selbst gestört zu sein.“

Er scheint gestört zu sein? Er ist gestört und zwar deshalb, weil die Unternehmer nicht mehr kapitalistisch genug sind und der erreichten Höhe des Konzentrationsprozesses nach nicht mehr sein können. Sie wollen kapitalistisch den Gewinn, aber sie können das Risiko nicht mehr tragen und wälzen es auf die breiten Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Konsumenten ab.

Aber nun zeigt sich, daß so wenig wie ein halber Sozialismus, ebensowenig ein halber Kapitalismus möglich ist. Ein großer Teil des aufgeblähten, überkapitalisierten, überinflationierten, fehlerhaften Produktionsapparates ist nur noch Kapital zu Buch, in Wirklichkeit aber krank und

Der Betrug an den Gemeindearbeitern

Zum Abschluß der Lohnbewegung der Gemeindearbeiter

Aus Köln wird uns geschrieben: Es ist kaum jemals vorher eine Lohnbewegung mit so viel Mißmut und Erbitterung ausgegangen wie die jetzige. Noch niemals ist die Erbitterung und Enttäuschung gegenüber den Gewerkschaftsführern so groß gewesen, wie jetzt. Als am vergangenen Mittwoch die Kollegen des Gesamtverbandes in einer großen Versammlung im Volkshaus zu dem gefällten Schiedsspruch (4½ % Lohnabbau) Stellung nahmen, gab es nur eine Meinung: Kampf. Aber die Bürokratie will von einem Kampf nichts wissen. Ueber einen Antrag, der die sofortige Einleitung des Streiks auch gegen den eventuell verbindlich erklärten Schiedsspruch verlangte, ließ der Versammlungsleiter gar nicht abstimmen.

Die Erklärung der Parteien zum Schiedsspruch lief bis Sonntag 12 Uhr. Die Belegschaften aller Richtungen, Freie, Christen, RGO, selbst die bürgerliche Presse rechnete mit dem Streik für Freitag, spätestens aber Samstag vormittag. Aber die Gewerkschaftsführer dachten gar nicht daran, dem Willen der Kollegen Rechnung zu tragen. Am Freitag fanden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt und abends wurde den Kollegen mitgeteilt, daß am Montag in Berlin Nachverhandlungen seien. Man braucht diese Atempause, um Zeit zu gewinnen, um die Kollegen so richtig hinter Licht zu führen. Als dann in einer großen Versammlung am Dienstag im Gürzenich der Kollege Polenske vom Hauptvorstand diesen 4½prozentigen Lohnraub der Versammlung schmackhaft machen wollte, kannte die

abschreibungsreif. Je mehr das Unternehmertum es versteht mit starren Preisbindungen, Subventionen und anderen Hilfsmaßnahmen dieses kranke Kapital durchzuschleppen, desto weiter dringt der ganze Faulnisprozess vor, desto mehr schrumpft die Kaufkraft, die Produktion, damit die Ertragsfähigkeit der nationalen Mehrwerts-AG, deren Aktionäre die Kapitalisten sind.

In ihrer Not suchen die Unternehmer nun einen Ausweg. Weitere Lohnsenkung, wenn sie physisch noch irgendwo möglich ist, muß kurz über lang die psychologische Grenze anschlagen, an der sie in Massenempörung und Massenaktion umschlägt. Außerdem erdrückt die Lohnsenkung die Kaufkraft, den inneren Markt, die Mittelschichten, die von ihm leben und schlägt damit letzten Endes auf das Kapital in einem Kreislauf der Schrumpfung zurück.

So scheint der einzig noch übrig bleibende Ausweg, um die Kapitalabschreibung zu vermeiden: die Zinsen zu senken und teilweise zu streichen. Das Moratorium soll erklärt werden, die Zinszahlung eingestellt werden. Aber wenn dies allgemein getan wird, so wird auch das Durcheinander allgemein. Wenn das Kapital keine Rente mehr abwirft, ist es kein Kapitalwert, dann setzt die Flucht in die Sachwerte ein mit preisstärkender Wirkung. Dann muß auch die Reichsbank ihre Diskontschräube lockern und zu billigeren Sätzen Kredit gewähren mit der Wirkung, daß jeder aus den teuren Auslandskrediten in die billigen Inlandskredite flüchtet und das Stillhalteabkommen samt Währung über den Haufen gerannt wird.

Zinskonversion ist nur das andere Ende des Zwirnsfadens, der Inflation heißt, und an diesem Faden wird sich der Kapitalismus nicht aus dem Sumpf, in dem er steckt, herausziehen lassen.

Die Gläubiger fordern Rechenschaft

Deutschlands gesamte Wirtschaftslage wird nachgeprüft werden

Berlin, 13. November.

Wie von unterrichteter Seite zur Frage der deutsch-französischen Verhandlungen mitgeteilt wird, sind sich die deutsche und die französische Regierung materiell dahin einig geworden, daß die gesamte Lage Deutschlands nachgeprüft werden muß. Jedoch ist eine Reihe von Formalien noch nicht geklärt, so daß es noch einige Tage dauern dürfte, bis die Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis führen.

Die Not der Städte

Wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen
Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Oktober wiederum stark gestiegen. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern wurden am 30. Oktober 1931 rund 949 000 von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt. Das bedeutet gegenüber dem Stande am Ende des Vormonats mit 888 000 eine Zunahme von 66 000 = 7,5 vH. Den 949 000 anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen sind weitere 17 000 laufend Unterstützte

Empörung keine Grenzen und wie er dann mitteilte, daß der Schiedsspruch um 15.20 Uhr verbindlich erklärt sei und die Organisation jetzt nichts mehr machen könne, da war es aus. Vier Kollegen wandten sich in der Diskussion mit scharfen Worten gegen die Bürokratie. Der Vorstand wurde des Verrats und Betrugs bezichtigt. Das Schlusswort des Kollegen Polenske wollte die Versammlung nicht mehr hören, sie flog auf. Aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 5. November entnimmt man auch, daß der Gesamtverband Rücksicht nehmen müsse auf die Preußenkoalition, selbst sozialdemokratische Mitglieder der Preußenregierung hätten die Durchführung dieses Lohnabbaues im Interesse der Gemeinden verlangt. Hier sehen wir, wohin der verderbliche Kurs der Tolerierungspolitik führt. In Köln beträgt der gesamte Lohnraub 18—24 %, dazu kommt noch eine Verkürzung der Arbeitszeit, macht 4 %. Also 22—28 % Lohnabbau innerhalb eines halben Jahres. So kann es nicht weitergehen. Der politische Kurs der Gewerkschaften ist falsch. Die SPD kann nicht mehr die parlamentarische Vertretung sein. Wenn es nicht bald gelingt, die Gewerkschaften zum rücksichtslosen Klassenkampf zu bringen, besteht die Gefahr, daß sie sich selber aufgeben, und die Arbeiterschaft dem Indifferentismus verfällt. Darum Schluß mit dieser Tolerierung, Schluß mit der Theorie des kleineren Übels. Die Gewerkschaften müssen den Kampf sowohl gewerkschaftlich wie politisch führen. Es geht nicht nur um die 4½ %, sondern gegen das System Brüning, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus.

SAP und Wirtschaftsbeirat

In der „Arbeiterpolitik“ findet sich die Einladung zu einem Gewerkschaftstag der KPD-O, in der das Thema ungefähr angegeben wird: „Die SAPD für die Beteiligung am Wirtschaftsbeirat.“ Auch in anderen Presseäußerungen und an anderen Stellen verbreitet die Mehrheitsrichtung der Brandler-Thalheimer-Gruppe das Märchen, die SAPD trete für die Mitwirkung der Führer des ADGB im Wirtschaftsbeirat Hindenburgs ein. Gestützt wird diese Behauptung auf einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz aus der ersten Nummer der SAZ, der in Wirklichkeit einen ganz anderen Sinn hatte als den einer Zustimmung zur Tätigkeit der Gewerkschaften im Wirtschaftsbeirat. In zahlreichen Artikeln hat sich die SAZ mit der verhängnisvollen Taktik der AGDB-Führer beschäftigt und scharf die arbeitgemeinschaftliche Betätigung gebremst und verurteilt. In der SWZ ist außerdem dargelegt worden, daß vor dem Zusammentreten des Wirtschaftsbeirates bereits Verhandlungen mit dem Arbeitsminister mit dem Ziel eines gemeinsamen Aufrufes unter dem Protektorat Hindenburgs stattgefunden hatten, und es ist scharf gegen jede Arbeitgemeinschaftspolitische Stellung genommen worden. Die SAZ war als einzige Zeitung in der Lage, darauf hinzuweisen, daß die versteckten Inflationspläne im Schoße des Wirtschaftsbeirates auf starke Gegenliebe z. B. bei Hilferding gestoßen seien.

Wenn Brandler seine Opposition schlagen will, möge er weniger grobschlächtig mit der Wahrheit umgehen. Wenn sich die Opposition in der KPD-O vielleicht vieles gefallen lassen muß, so ist die SAP nicht gewillt, sich stillschweigend für Brandlers Privatpolitik mißbrauchen zu lassen.

hinzuzurechnen, deren Anerkennungsverfahren noch schwebt.

Die Zahl der von den Gemeinden zusätzlich unterstützten Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist gleichfalls gestiegen. Sie betrug Ende Oktober rund 134 000 gegen 122 000 am Ende des Vormonats.

Die Zwangsarbeiter wehren sich

Weitere Teilstreiks von Afü-Arbeitern.

Gestern mittag sind 80 Afü- (Arbeitsfürsorge) Arbeiter, die an der städtischen Rodelbahn und den Tennisplätzen in Schönholz, Bezirk Pankow, mit Bauarbeiten beschäftigt waren, in den Streik getreten.

Die Eisenbahner gegen den Schiedsspruch

Der Vorstand und der Verbandsbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands haben bereits beschlossen, den am Mittwoch gefällten Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 4½ Prozent für die Arbeiter der Reichsbahn vorsieht, abzulehnen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird den Schiedsspruch annehmen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragen.

Subventionen für den Bergbau

Steinkohlenbergbaubezirke von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit.

Im „Deutschen Reichsanzeiger“ werden am Donnerstag vier Verordnungen über die Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung für den Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets, für den niedersächsischen Steinkohlenbergbau, für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau und für den sächsischen Steinkohlenbergbau veröffentlicht. Die Befreiung gilt bis zum 30. November 1931.

Da das Reich für die ausfallenden Beiträge aufkommen muß, bedeutet diese Befreiung von der Beitragspflicht praktisch eine Subventionierung des Bergbaues.

Vor dem Winterprogramm der Reichsregierung

Abschluß der Hauptaussprache der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates.

Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredits haben ihre Generalaussprache heute in einer Vormittags- und einer Nachmittagsitzung in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

Vorbereitungen zum Lohnstreit „Nordwest“

Essen, 13. November.

Zu den bevorstehenden Verhandlungen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage in der Nordwestgruppe hat der Deutsche Metallarbeiterverband umfangreiche statistische Erhebungen über Beschäftigungsgrad, Lohnhöhe usw. der einzelnen Arbeitergruppen in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie angestellt. Darauf gründet sich die Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die auch vom Christlichen Metallarbeiterverband und der Gewerkschaft Hirsch-Duncker vertreten wird, wonach eine weitere Lohnsenkung für die Arbeiterschaft untragbar sei. In der Arbeitszeitfrage halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, und zwar auf 48 Stunden in der Hüttenindustrie und 40 Stunden in der weiterverarbeitenden Industrie aufrecht.

Die Zusammenstellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die das rheinisch-westfälische Industriegebiet und das Siegel-, Lahn- und Dill-Gebiet umfaßt, ergibt für den September 1931 gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1929 einen Erzeugungsrückgang in Roheisen um 66,5 vH, in Rohstahl um 64,1 vH und in Walzwerkerzeugnissen um 55,9 vH. Die Zahl der Arbeiter sei vom Juni 1929 mit einem Höchststand von 219 789 auf 125 233 im September 1931, also um 43,2 vH zurückgegangen. Nach dem Stande vom September 1931 betrage der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters in der weiterverarbeitenden Industrie 150 RM, in der Hüttenindustrie 158 RM, der Gesamtdurchschnittslohn sei von 179 RM (bei wöchentlich 42,6 Arbeitsstunden) im Mai 1931 auf 156,7 RM (bei 41,1 wöchentlichen Arbeitsstunden) im September 1931 zurückgegangen.

Die Textilarbeiter sind an der Reihe.

In dem Schiedsspruch für die Textilindustrie Westsachsens ist eine Kürzung der Tariflöhne um 5 Prozent verordnet. Die kärglichen Löhne der Textilarbeiter, die zwischen 2,85 Mark und 22 Mark in der Woche liegen, sollen noch mehr gekürzt werden. Da nicht damit zu rechnen ist, daß die Nachverhandlungen vor dem Schlichter ein anderes Ergebnis bringen, ist mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs zu rechnen. Soweit bekannt wird, beschränkt der Textilarbeiterverband seine ganze Tätigkeit in diesem Konflikt auf die Forderung eines neuen Schlichtungsverfahrens vor einem anderen Schlichter.

In der südbayerischen Textilindustrie haben die Unternehmer bei den Verhandlungen, die Anfang dieser Woche stattfanden, einen Lohnabbau bis zu 30 Prozent gefordert. Die Verhandlungen sind infolgedessen gescheitert.

Wie lange soll das noch so weiter gehen?

In der Metallindustrie.

Für die bayerische Großstadtmittelindustrie ist ein Schiedsspruch ergangen, der die Löhne ab 9. November um 6,5 Prozent senkt. Für die Metallindustrie von Düren und Umgebung wurde ein neuer Lohnvertrag vereinbart, der die Spitzenstundenlöhne um 5 Pfennige und 4 Pfennige pro Stunde senkt.

Strafen gegen Kartellpreistreiber

Aber in Amerika . . .

17 850 000 Dollar Geldstrafe

gegen 15 Petroleumgesellschaften beantragt.

Austin (Texas), 12. November.

Der Attorney General beantragte im Prozeß gegen 15 Petroleumgesellschaften wegen Vergehen gegen das Antitrustgesetz Geldstrafen im Gesamtbetrag von 17 850 000 Dollar und Ausweisung aus dem Staate Texas. Die Gesellschaften Standard Oil und Shell Petroleum befinden sich unter den Angeklagten, die beschuldigt werden, sich zusammengetan zu haben, um Verkauf und Kauf von Gasolin und Petroleumerzeugnissen zu überwachen und zu beherrschen.

*

Kartellpreise vor dem Reichstagsausschuß.
Berlin, 13. November.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags wird sich in seiner nächsten Sitzung, die voraussichtlich am 9. Dezember stattfindet, mit der Frage der Kartelle und Monopole beschäftigen.

Lokalblatt der SAZ

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

Organisierter Hunger in Berlin

Das Notprogramm vor der Stadtverordnetenversammlung

Im Grunde genommen ist diese Berliner Stadtverordneten-Versammlung nur noch eine dekorative Angelegenheit. Durch die Gestaltung der Geschäftsordnung ist einmal dafür gesorgt, daß die Fraktionen sich im wesentlichen darauf zu beschränken haben, ihr Sprüchlein herzusagen, um sich dann wieder nach Hause zu trollen, zum andern aber haben die Notverordnungen und Erlasse der letzten Zeit alle Machtbefugnisse in die Hände des Oberbürgermeisters gelegt, der als braver Vertrauensmann der Reaktion und Kapitaldiktatur mit dem stets willigen Magistrat zusammen den Hunger organisiert. Wenn er sich dann wirklich einmal herabläßt, zu den Stadtverordneten zu sprechen, wie in der letzten Sitzung, die sich mit dem Notprogramm für 1931 beschäftigt, so ist dies eine Deklamation für die Öffentlichkeit, die vorher fein säuberlich gedruckt und festgelegt wird, und die sich einen Dreck um die Argumente, Anträge und Wünsche der Parteien im Roten Hause kümmert.

Auch für die Berliner Kommune gilt längst die Variation des alten Spruchs: wir brauchen keinen Diktator nicht, weil wir schon einen haben! Und es ist immer eine besonders mißliche Angelegenheit, wenn solche Diktatoren den Volke gehen und ihm sagen, daß sie doch alles demokratisch machen wollen und auf die Mitwirkung der Vertreter der Geschöpften den größten Wert legen. Gewiss, die Schafe können auch nicht darüber bestimmen, was mit ihrer Wolle geschieht, wenn sie geboren werden, aber man redet ihnen auch nicht ein, daß es doch ihr eigener Wille sei, der vollzogen wird.

Sonst ist über die Ausführungen des Oberbürgermeisters noch zu berichten, daß sie neben dem Eingeständnis der völligen Ausweglosigkeit der Kommunalbürokratie und der Abschiebung der Verantwortung auf das Reich und auf Preußen den vollzogenen Abbau zu beschönigen versuchten und den weiteren Abbau ankündigten.

Durch das Notprogramm sollen Einsparungen oder Mehreinnahmen im Betrage von 23,9 Millionen Mark erzielt werden. Unter den Mehreinnahmen befinden sich die Erträge der neuen Schulgeldordnung und die Änderung der Schulgeldstaffelung, die eine Erweiterung des Privilegs der Besitzenden auf höhere Bildung enthalten. Bei den 20 Millionen Einsparungen spielt die Hauptrolle der Abbau der Gehälter und Löhne der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Die „Herabsetzung des Personalstandes der Verwaltung auf ein Mindestmaß“ soll durch eine besondere Sparkommission herbeigeführt werden. Dabei denken der Magistrat und Herr Sahm belleibe nicht etwa an einen Abbau der oberen Verwaltungsbürokratie, die in allen städtischen Aemtern Funktionen ausübt, zu deren Ausfüllung jeder Angestellte in der Lage ist. Diese obere Kommunalbürokratie, die noch ganz wie zu Kaisers Zeiten denkt und handelt, auch wenn sie anpassungsfähig ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in die Tasche gesteckt hat und von der sich allerdings neun Zehntel der nach der Revolution hinzugekommenen neuen sozialdemokratischen Bürokratie kaum unterscheiden, sitzt fest im Apparat, und kein Notprogramm und keine Schnüffelkommission werden sich soweit vorwagen, daß sie irgendwie gefährdet wird. Geschieht es doch, daß aus Konkurrenzgründen auch einmal an die Existenz einer so hohen, loyalen und von ihrer eigenen Wichtigkeit überzeugten Instanz wie der Pressestelle des Herrn Dr. Lohmann getippt wird, dann kann man das seltsame Schauspiel erleben, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses Rathauses in Entrüstung verfällt, und da Herr Sahm auf dieser Seite sich die Stimmung nicht verderben will, winkt er mit Diktatorgeste ab. Der Mohr hat seine Schuldigkeit noch nicht völlig getan, er braucht noch nicht zu gehen!

Aber da doch einmal gespart werden muß, hat eine mächtige Siebung in allen städtischen Aemtern eingesetzt, der von der Reinemachefrau bis zu dem auf Privatvertrag verpflichteten Angestellten alles zum Opfer fällt, was man zwar nicht entbehren, aber durch verschärfte Ausbeutung an anderen Stellen einsparen kann. Dazu kommt der Abbau der Gehälter und Löhne, was der Herr Oberbürgermeister in die schönen Worte kleidet: „Maßnahmen namentlich auf dem Gebiete des Tarifwesens für Angestellte und Arbeiter.“

Nach der Rede des Oberbürgermeisters folgte die Stellungnahme der Parteien. Der Sozialdemokrat Flatau war der Meinung, in Berlin hätte man keine diktatorischen Maßnahmen gebraucht, was geschehen sei und noch geschehen müßte, hätte man mit der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam machen können. Wo doch die Sozialdemokraten zu allem Ja und Amen sagen, was ihr famoser Magistrat beschließt. Nach dieser prinzipiellen Verneinung vor der Demokratie machte Flatau den Vorschlag, sie praktisch abzubauen oder jedenfalls wesentlich einzuschränken. Die Ausschüßberatungen sollen eingeschränkt werden, die Deputationen und Ausschüsse müßten intensiver und rationeller arbeiten. Flatau denkt dabei sicher nicht an die dahinplätschernden Redegewässer, sondern seine Forderung deckt sich mit den Wünschen des Magistrats auf größere Verschleierung der reaktionären Sparmaßnahmen auf allen

Gebieten. Eine platonische Liebeserklärung an die Adresse der städtischen Selbstverwaltung schloß seine Ausführungen. Wenn es für solche geredeten Mitteilungen eine Postvermittlung gäbe, würde diese Erklärung an den Absender zurückgehen mit dem Vermerk: Adressat ist gestorben!

Der Kommunist Wisnewski hielt in wirkungsvollen Ausführungen der sozialdemokratischen Fraktion vor, daß die Diktaturmaßnahmen des Oberbürgermeisters die Fortführung der Politik sei, die von der Sozialdemokratie seit Jahren im Berliner Magistrat betrieben wurde. Seine Mitteilung, daß beispielsweise an vier ehemalige Direktoren der Hochbahn insgesamt ungefähr 97000 Mark Pension

jährlich bezahlt werde, rief besonders auf der Tribüne große Entrüstung hervor. Interessant war es, die nachdenklichen Gesichter zu betrachten, mit denen im Saal und auf der Empore die Gegenüberstellung einiger Tatsachen aus der Sowjetunion angehört wurde.

Das Gefühl aus der Ausweglosigkeit aus der Pleite und die Erkenntnis, daß alle die durchgeführten und noch geplanten Maßnahmen trotz der ungeheuren Belastung der großen Massen der Bevölkerung keine Änderung bewirken und nur das Anwachsen der verzweifeltsten Stimmung unter der Bevölkerung fördern, scheint so langsam den Sockel zu unterhöhlen, auf dem die Berliner Kommunalbürokratie in ihrer Gottähnlichkeit thront.

Vorstoß in Zehlendorf!

Am Donnerstag abend hielt die SAZ in Zehlendorf eine Versammlung ab, zu der Genosse Klaus Zweiling als Referent erschienen war. Genosse Zweiling schilderte kurz die Entwicklung der politischen Gegensätze innerhalb der SPD, die sich immer mehr verbreiterte Kluft zwischen den revolutionär-marxistischen und den reformistischen Strömungen und stellte die historische Notwendigkeit einer proletarischen Klassenkampforganisation von der Art der SAP in klarer Weise heraus. Die Sozialistische Arbeiterpartei mit ihrem demokratischen Aufbau, der tatsächlich der breiten Arbeitermasse das Verfügungsrecht über den Organisationsapparat gibt, hat die Möglichkeit und die Voraussetzungen dazu, das zu werden, was weder SPD noch KPD zu werden vermochten:

Die Massenorganisation, das Sammelbecken des deutschen Proletariats!

In der Diskussion sprach u. a. ein Vertreter der kommunistischen RGO, der eine Einheitsfront der SAP mit der kommunistischen Gewerkschaftstaktik verlangte. Die Erfolge der Streikaktionen unter Führung der RGO haben allerdings bis jetzt nur in Maßregelungen der streikenden Arbeiter bestanden und haben, wenn überhaupt eine Folge, so die gehabt, daß die Arbeiter den Mut zu ernsthaften Kämpfen überhaupt verloren haben.

Erwerbslosenheim und Hitlerbüro im Kirchenlogis!

In Nr. 1 unserer Zeitung hatten wir Gelegenheit, über das Wilmersdorfer Nazi-Büro zu berichten, das in den Räumen der Kirche im Hause Wilhelmstraße 112 untergebracht ist. Nicht nur genug, daß in dem einstöckigen Gebäude die oberen Räume bisher als Rentner-Abendheim verwendet wurden, hat laut „Vorwärts“ vom 8. November das Bezirksamt Wilmersdorf die Räume als Erwerbslosenheim eingerichtet.

Das Haus ist eines der noch stehenden alten Bauernhäuser aus der Vergangenheit Wilmersdorfs. Die unteren Räume werden zum größten Teil von der Nazi-Geschäftsstelle, zum anderen Teil von einer Autofirma benutzt. Die oberen Räume waren bisher ein Rentner-Abendheim, in welchem die „republikanischste“ Zeitung der „Lokal-Anzeiger“ war.

Und das Ganze gehört der „Ersten Kirche Christi“.

Nun muß man notgedrungen, wenn man in die oberen Räume gelangen will, an dem Laden der Nazis vorbei. Sonst liegt das Haus aber so weit aus dem normalen Fußgängerverkehr, daß man, nachdem das Fahnenverbot des Polizeipräsidenten durchgeführt ist, kaum den Nazi-Laden beachtet. Diesem aber will das Bezirksamt Wilmersdorf wohl damit abhelfen, daß es seine Erwerbslosen eben in dem bisherigen Rentnerheim unterbringt. Welche Folgen diese großzügige Maßnahme des Bezirksamtes haben kann, wird man sich leicht ausmalen. Einerseits werden die Besucher des Erwerbslosenheims erst überhaupt aufmerksam und kommen vielleicht in die Verlegenheit, die ausgehängte „Lektüre“ des Nazi-Ladens zu studieren. Nicht jeder Mensch ist politisch so vorgebildet, um diese Lektüre als Witzblätter zu betrachten.

Andererseits aber könnten doch politisch organisierte Erwerbslose an dem Nazi-Lokal derartigen Gefallen finden, daß sie sich auch mal den Laden in einem Zustande wünschen, wie es die Nazis in Braunschweig als Muster gezeigt haben.

Auf jeden Fall ist die gegenwärtige Lösung unhaltbar. Bezeichnend ist, daß ausgerechnet der „Vorwärts“ den Hinweis auf das Erwerbslosenheim brachte! Sicher weiß der „Vorwärts“ gar nicht, wo überhaupt in Berlin die verschiedenen Nazibüros sind. Denn wenn Hitler legal ans Ruder kommt, so muß (nach Ausspruch des Wilmersdorfer Reichsbannerführers auf einer Jugendbannersitzung) „auch das Reichsbanner und die SPD als Schützer der Weimarer Verfassung ihm ihre Achtung zollen!“

Na also! Das wollen wir uns mal merken. Dieser historische Ausbruch wurde auf der Jugendbannersitzung des Ortsvereins Wilmersdorf am 6. November getan. Und im Reichsbanner sind — noch — klassenbewußte Proletarier! Es wird Zeit, daß sich unsere Schutzbandführer um sie kümmern!

Organisationsnachrichten

Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksgruppe Berlin-Mitte, Dienstag, 17. Nov. 10 Uhr, Berlin, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof II. (Nähe E-Windmühl-Franzosen-Sträßchen). Hubert Frank spricht über das Thema „Das indische Frankreich — seine politische Meinung und Ziele.“ Gäste willkommen.

Freiwillige Gemeinde Berlin, Sonntag, 11 Uhr, Pappellallee 15, Vortrag des Herrn H. Altkant „Grundfragen der politischen Oekonomie.“ Harmonium: Aus „Preciosa“ (Weber). Gäste willkommen.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes, Berlin NO 35, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof II. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat

Sonntag, 14. November, 19.30 Uhr:

Stralau, Friedrich Engels. Wir treffen uns um 18 Uhr beim Gen. Pawlowski, Dirschauer Str. 4; Kampf-Biederabend.

Spandau, Heim, Lindenallee 2; Fortsetzung unserer Arbeitszettel.

Unterbezirk Neukölln, Sonntag, Fahrt, Treffpunkt 7.30 Uhr, Bahnhof Neukölln.

Aktionsbezirk Nord, Heim, Leichter Str. 13/19, Kurpark. Unsere Stellung zur SPD und KPD.

Aktionsbezirk Nord-Ost, Sonntag, vorm. 9 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34; Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der proletarischen Jugend. — Am Abend, 19 Uhr, Antikriegsabend.

Mitteilungen der R.-L., Relorenkursus: Alle Genossinnen und Genossen, die sich beteiligen wollen, schicken ihre Adresse an Gen. Krebmann.

Zentraler Kursus: Montag, 16. Nov. „Einführung in den Marxismus.“ Vorberedung.

Wichtige EBL-Sitzung, 1. Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34.

Rass:

Reichsarbeitsgemeinschaft soz. Schüler, Bezirk Berlin, NO 35, Prenzlauer Allee 34, Am Montag, 16. Nov., 17 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34, Besprechung aller Schüler.

Die Roten Falken:

Arbeitsgemeinschaft „Die Roten Falken“, Bezirk Berlin, NO 35, Prenzlauer Allee 34, Heller der Kinderfreunde-Organisation die politisch mit uns sympathisieren, schicken ihre Adresse an unser Sekretariat.

wohl einen kleinen Schock, tritt etwas neugierig in den kleinen Laden ein, um sich der Wahrheit dessen auch wirklich zu vergewissern. Aber da steht man machtlos vis-a-vis. Es ist, als ob ein witziger Kobold hier noch einmal zu unserer Unterhaltung den „geistigen“ Reichtum unserer vergangenen Duodez-Monarchen zusammengetragen hätte. Unbändige, schweinslederne Einbände mit den köstlichsten fürstlichen Insignien — für den Heraldiker die reinste Freude — und sonst, man wußte nichts anderes zu berichten, was den Inhalt angeht: Krieg, Krieg, und fürstliche Hausgeschichte, bei der gewöhnlich die interessantere Hausgeschichte der Hausmätressen fehlt. Dazwischen glänzen in diesem „Dunkel“ wie ein paar veraltete, verstaubte Sterne, einige Pracht-exemplare des „Faust“.

Armer Herzog! Wir verhehlen unser Mitleid nicht, ihr waret in punkto Zeitgeschichte wohl immer arm, bis zu dem Zeitpunkt, wo unter der Aera Fricks in eurem Lande dieses Faktum wieder erneuert wurde. Und in bezug deiner anderen „Armut“ — die unbeschreiblichen „Abfindungen“ und die verbliebenen Luxusstücke wollen wir einmal nicht mitrechnen — schlagen wir für die Höheft eine allgemeine Geldsammlung — er ist sicher auch arbeitslos — bei den Erwerbslosen und die Einbeziehung seiner Person in die Winterhilfe vor. Armer Herzog!

Aus der Mark

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg steigt

Die Belastung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg hat in der Zeit vom 16. bis 31. Oktober weiter zugenommen. Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich um 23 302 auf 668 092 Personen, von denen 661 351 Personen als arbeitslos galten. Der Gesamtzugang im Monat Oktober betrug 47 819 und ist nur wenig höher als im gleichen Monat des Vorjahres (Oktober 1930 = 44 488), doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß der Bestand an Arbeitssuchenden am 31. Oktober 1931 um 34 Prozent höher liegt als am gleichen Tage des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Unterstützungsbezieher hat während der Berichtszeit um 11 799 zugenommen, wovon 7991 auf die Arbeitslosenunterstützung und 3808 auf die Krisenfürsorge entfielen.

Der Zugang an Arbeitssuchenden war in den Arbeitsamtsbezirken der Provinz Brandenburg und der Grenzmark Posen-Westpreußen stärker als in Berlin, da in den landwirtschaftlichen Bezirken die Kartoffelernte fast restlos beendet ist und für die Rübenerte bedeutend weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Im Braunkohlenbergbau machten sich deutliche Anzeichen für eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bemerkbar. Die rückläufige Bewegung in der Metallindustrie hat angehalten. Im Gegensatz hierzu zeigte sich die Nähmaschinenindustrie im Arbeitsamtsbezirk Prignitz aufnahmefähig. Im Spinnstoffgewerbe ist eine merkliche Verschlechterung eingetreten. Im allgemeinen wird die Beschäftigungslage in der Tuchindustrie als sehr unsicher angesehen, da die englische Währungs-krise einen gewissen Einfluß auf die deutsche

Ausfuhr nach den nordischen Ländern ausübt. Auch im Bekleidungs-gewerbe hat der bisher als günstig zu bezeichnende Beschäftigungsgrad nachgelassen, weil durch den Saisonschluß in der Damenkonfektion eine größere Anzahl Arbeitskräfte entlassen wurde. In den Angestelltenberufen hat sich die Arbeitsmarktlage nur wenig verändert. Verkaufspersonal der verschiedensten Branchen konnte etwas leichter untergebracht werden, daneben wurden auch einige Kontoristen, Buchhalter und Bankangestellte angefordert.

Premnitz

Sozialistischer Jugendverband. Aus dem Arbeitsprogramm für den Winter geben wir folgenden Auszug: 1. Die Grundgedanken des Marxismus im Vorwort der „Kritik der politischen Oekonomie“; 2. Karl Marx, ein Lebensbild; 3. Geschichte der Arbeiterbewegung; 4. „Vaterland“; 5. Faschismus; 6. Pazifismus; 7. Die Revolution der Gesinnung; 8. Wir und Sowjetrußland.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann u. b. Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27. Magazin Nr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazin Nr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich, zuzüglich RM 1,80 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 8, Nr. 150 028.

Feuilleton der SAZ

Justiz gegen Kultur

Man muß unsern deutschen Richtern viel schärfer auf die Finger sehen. Es genügt nicht, daß über die großen Skandalprozesse berichtet wird, die die Klassenjustiz in ihrer ganzen Herrlichkeit enthüllen — es gibt eine Fülle von Gerichtsurteilen, die die Presse nur beiläufig erwähnt und die, an versteckter Stelle untergebracht, leicht übersehen werden.

Nicht allein in der Politik — auch in kulturellen Fragen nimmt das Reichsgericht oft einen Standpunkt ein, der nur als erreaktionär bezeichnet werden kann. Wir haben da kurz hintereinander zwei Entscheidungen erlebt, die sich würdig anreihen den Fehlurteilen in Landesverrats- und ähnlichen Angelegenheiten. Das eine Urteil richtet sich gegen die Kunst, das zweite gegen die Theaterkritik.

Durch fünf Instanzen ist der Gotteslästerungsprozeß gegen den Zeichner George Grosz und seinen Verleger Wieland Herzfelde gejagt worden. Zweimal hat als Berufungsrichter der Landgerichtsdirektor Siegert vom Landgericht III in Berlin die Angeklagten mit einer wahrhaft vorbildlichen Urteilsbegründung freigesprochen. Aber die Staatsanwaltschaft hat immer wieder gebohrt: im Brünningschen Deutschland darf Christus nicht mit Kommissstiefeln und Gasmaske wie ein Opfer des letzten und fürchterlichsten Massenmordens ans Kreuz geschlagen werden. Der „Verteidigungskrieg“ ist, wie der Bischof Schreiber erst neulich bei den katholischen Pazifisten verkündigt hat, eine „sittliche Pflicht“. Und da in jedem Krieg von beiden Seiten beteuert wird, man sei angegriffen worden und habe sich lediglich zur Wehr gesetzt — weshalb die „Kriegsschuldfrage“ nie gelöst werden wird — so ergibt sich, daß die alleinseligmachende Kirche den Krieg anerkennt und jede Wiederholung segnet. Was aber die Kirche des Herrn Brüning tut, ist auf jeden Fall wohlgetan („do feit si nix!“), folglich ist Grosz im Unrecht.

Die Presse hat ihre Leser wissen lassen, daß, wie die Berliner Justizpressestelle schreibt, „die Freisprechung bestätigt worden ist“. Aber die Genugtuung über diesen erneuten Freispruch paßt unserer Justizverwaltung absolut nicht in den Kram. Sie „berichtigt“:

„Das Reichsgericht hat in Uebereinstimmung mit dem Urteil des Landgerichts III ausgesprochen, die Zeichnung sei wegen gewisser Deutungsmöglichkeiten objektiv sowohl eine Gotteslästerung wie auch eine Beschimpfung der christlichen Kirche. Aus diesem Grunde ist auf Unbrauchbarmachung der Zeichnung erkannt worden... Demgemäß ist weder vom Landgericht noch vom Reichsgericht ausgesprochen worden, der Kunst stehe es frei, sich so zu betätigen, wie George Grosz es getan hat.“

Ins Laiendeutsch übersetzt, heißt das: Wir haben zwar freigesprochen, wir haben aber gleichzeitig verurteilt. Landgerichtsdirektor Siegert hat allerdings die sittliche und künstlerische Bedeutung dieses Werkes voll anerkannt und nicht im entferntesten an eine

Unbrauchbarmachung gedacht — die Uebereinstimmung der beiden Urteile ist erst von der Justizpresse nachträglich konstruiert worden; aber es gibt da „gewisse Deutungsmöglichkeiten“. Und die machen die Zeichnung „objektiv“ zu einer „Gotteslästerung“ und „Beschimpfung der christlichen Kirche“.

Ein Glanzstück von Rabulistik: bekanntlich bleibt kein Kunstwerk von „gewissen Deutungsmöglichkeiten“ verschont. Das liegt im Wesen des Kunstwerks, das mit Symbolen arbeitet. Symbole aber können stets so oder so „gedeutet“ werden. Eine Deutungsmöglichkeit „objektiv“ zu nennen, ist ein logischer Bocksprung, dessen sich jene mittelalterlichen Kirchenlehrer nicht zu schämen brauchten, die das berühmte Wort geprägt haben: „CREDO, QUIA ABSURDUM“: „Ich glaube es, weil es unsinnig ist“. Hier riecht's nach Weihrauch...

Im Falle des Kritikers Erik Reger hat dasselbe Reichsgericht entschieden:

„Die Stadtgemeinde Bochum fühlt sich durch die kritische Stellungnahme des Klägers benachteiligt. Sie hat nicht einen Druck ausgeübt, sondern lediglich eine Schädigung ihres Theaters durch die unsachlich und nachteilig gehaltene Kritik des Klägers vermeiden wollen.“

Auch hier ein Jonglieren mit dem Begriff „objektiv“. Wenn sich jemand „benachteiligt fühlt“ und eine Kritik „für unsachlich hält“, so ist das alles andere als eine objektive Feststellung, möchte man sprechen. Das ergibt sich schon aus der Formulierung. Wer „fühlt“ und „hält“, ist seiner Sache nicht sicher. Am allerwenigsten, wenn er dabei „seine eigenen Interessen“ — d. h. geschäftlichen „Interessen“! — im Auge hat. Den Kritiker gehen diese Geschäftsinteressen nichts an: er hat die Interessen des Publikums, der Kunst zu vertreten. Tut er das nicht, so ist er ein elender, bestechlicher Lohnschreiber.

Objektiv bleibt nur noch festzustellen, daß das Stadttheater Bochum, das mit der Ge-

währung von Freiplätzen die Presse zur Berichterstattung eingeladen hat, dem Kritiker Reger diese Freiplätze entzogen, außerdem den Erwerb bezahlter Plätze abgelehnt hat. Das Reichsgericht kann darin keinen „Druck“ erkennen, der vom Theater „ausgeübt“ worden ist. Das Reichsgericht ist vielmehr der Meinung, daß ein Theater, das von öffentlichen Mitteln erhalten wird, die öffentliche Kritik nach Gutdünken totmachen kann.

Man sieht daran wieder einmal, wie herrlich weit wir es im Zeitalter der Notverordnungen gebracht haben... Harold.

„Kopf in der Schlinge“

Theater in der Stresemannstraße zu Berlin

Dem Staatsanwalt, der morgen früh der Vollstreckung eines Todesurteils beiwohnen wird, das er auf Grund eines Indizienbeweises fällt, wird eine kleine Lehre erteilt: er selbst gerät für fünf Stunden unter Mordverdacht, immer hilfloser sich in der Schlinge scheinbar lückenlos ineinander verflochtener Indizienbeweise verfangend. Es ist ein ganz nettes Feuerchen, das da drei Akte lang den Zipfel des Staatsaltars beschwelt und bekniert... um endlich aufzuprasseln als das geschmacklose Feuerwerk eines faulen Wittes, den sich der Bon vivant, um uns zu unterhalten, mit dem Helden leistet.

„Kopf in der Schlinge“ heißt dieses englische Konversationsstück von John Bradley und teilt wohl eine der albernsten Arten dar, wichtige Gegenwartsfragen zu behandeln.

Zwar will trotz seines verdächtig galanten Jargons der Autor uns weismachen, er selbst sei als ein nachdenkliches Individuum natürlich gegen Indizienbeweise — aber wir weigern uns entschieden, ihm das zu glauben. Wir sehen vielmehr in dieser dramatischen Bastelarbeit, die als schlichte Kriminalnovelle mehr Ehre eingelegt hätte, nur eines jener Schafchen und Geschäftchen, das über die fette Wiese der Konjunktur ins Trockene gebracht werden soll; die ernstesten Zeitprobleme „gehen“, wie man weiß. Die notzerrissene Gegenwart selbst soll den Absatzmarkt abgeben für die auf puppig frisiereten Probleme ihrer Not. So aber haben wir nicht gewettet. Um solchen Zynismus will die Zeit mit ihren Dramatikern nicht wetten.

Es ist schade um jeden Theaterabend, an dem die hohe künstlerische Kraft eines Ernst Deutsch oder einer Käthe Haack zu nichts Besseren verwendet wird, als zu kreuzworträtslarig ineinandergelichteten, findig unterhaltsamen Dialogen, die nichts sind als Abfall, hungriger Bettelabfall vom reichen Tisch der Zeit. RütHEL

In der Moskauer Akademie hielt Lunatscharski kürzlich einen Vortrag über Maxim Gorki. Dabei zog er einen Vergleich mit Tolstoi. „Krieg und Frieden“, so sagte Lunatscharski, „ist weder eine Epopöe, noch ein Gedicht; es ist ein Pamphlet zur Verteidigung der Interessen des Adels gegen den Kapitalismus“.

Die Revolution kommt wieder!

Von Rosa Luxemburg

Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische „Siege“, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914: eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankerott. Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgerschaft auf Bürgerschaft des künftigen Endsieges.

Allerdings unter einer Bedingung! Es fragt sich, unter welchen Umständen die jeweilige Niederlage davongetragen wurde: ob sie sich dadurch ergab, daß die vorwärtstürmende Kampfernergie der Massen an die Schranke der mangelnden Reife der historischen Voraussetzungen geprallt, oder aber dadurch, daß die revolutionäre Aktion selbst durch Halbheit, Unentschlossenheit, innere Schwächen gelähmt war.

Klassische Beispiele für beide Fälle sind einerseits die französische Februarrevolution, andererseits die deutsche Märzrevolution. Die heidenmütige Aktion des Pariser Proletariats im Jahre 1848 ist der lebendige Quell der Klassenenergie für das ganze internationale Proletariat geworden. Die Jämmerlichkeiten der deutschen Märzrevolution hingen der ganzen modernen deutschen Entwicklung wie eine Fußkugel an. Sie wirkten durch die besondere Geschichte der offiziellen deutschen Sozialdemokratie bis in die jüngsten Vorgänge der

deutschen Revolution, — bis in die eben erlebte dramatische Krise nach.

Wie erscheint die Niederlage dieser sogenannten „Spartakus-Woche“ im Lichte der obigen historischen Frage? War sie eine Niederlage aus stürmender Revolutionsenergie und unzulänglicher Reife der Situation oder aber aus Schwächlichkeit und Halbheit der Aktion?

Beides! Der zwiespältige Charakter dieser Krise, der Widerspruch zwischen dem kraftvollen, entschlossenen, offensiven Auftreten der Berliner Massen und der Unentschlossenheit, Zaghaftigkeit, Halbheit der Berliner Führung ist das besondere Kennzeichen dieser jüngsten Episode.

Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neugeschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese „Niederlage“ zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser „Niederlage“ der künftige Sieg erblühen.

„Ordnung herrscht in Berlin!“ Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „rasselnd wieder in die Höh“ richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

ich war, ich bin, ich werde sein!

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

1.

„Jetzt ist's aber höchste Zeit, daß Sie abreisen, Fräulein Hedi, bei Innen kann's ja jeden Tag losgehen“, sagte Frau Burghäuser an einem strahlenden Sommermorgen. „Um zwei Uhr geht der Zug nach Weinsburg. Da fahren Sie dann heim zu Ihrer Mutter. Ich will zu unserem Herrgott beten, daß er Ihnen die schwere Stunde leicht macht.“

Hedi erschauerte. Angstvoll schaute sie auf ihren aufgetriebenen Leib. Daß furchtbare Schmerzen ihrer warteten, das wußte sie schon lange. Davor schauderte sie nicht. Aber das Heimkommen zur Mutter! Sie nahm die Biergläser, die vom Abend vorher auf den Tischen herumstanden, wusch sie ab, brachte sie an ihren Platz und stieg dann langsam und mühsam, die Beine weit gespreizt, die zwei Treppen hinauf zu ihrem Kämmerchen.

Es war nicht viel, was sie dort einzupacken hatte, ein paar Kleidchen, ein bißchen Wäsche in die altmodische Handtasche, und sie war reisefertig. Noch war lange Zeit bis zur Abfahrt des Zuges. Sie sank weinend auf das Bett. Wie schön waren doch die paar Monate in dem kleinen Dorf gewesen. Niemand hat sie gescholten, niemand hat ihr Vorwürfe gemacht, niemand hat sie mit bösen Augen angesehen und ihr schlechte Namen gegeben, wie damals die Mutter, als sie nicht länger mehr verheimlichen konnte, daß sie in der Hoffnung ist. So eine Schande, so eine Schande, hatte die Mutter gejamert. Ich ertrag's nicht, daß mir meine Tochter so etwas antut. Ich gehe ins Wasser. Die schlechte Person, hatte die Mutter zu ihr gesagt, und einige Tage später hatte ihr die Mutter eröffnet, daß sie nicht zu Hause bleiben dürfe, das könne die Mutter

nicht ertragen, daß alle Nachbarn sie darum ansehen und über die Schande reden, sie müsse fort aus Weinsburg. Die Mutter hat nicht lange gewartet. Im General-Anzeiger inserierte sie: „Für ein Mädchen, das sich zurückziehen wünscht“, wird eine Pension auf dem Lande gesucht.“ Als sich Frau Burghäuser, die Wirtin auf dem Lande, meldete, wurden die letzten Sparpfennige zusammengesucht, und Hedi kam zu Frau Burghäuser in Pension. Sie fühlte sich wohl dort, sie half fleißig in der Wirtschaft mit, bediente die Gäste, besorgte das Hauswesen, wenn Burghäusers auf dem Felde waren. Leid und Schmerz waren verflogen. Sie war wieder das liebe lustige Ding geworden. Wie leicht vergißt sich doch das Unheil, wenn man achtzehn Jahre alt ist.

Jetzt aber war alles aus! Wieder nach Hause! Wieder gescholten werden! Wieder das schlechte Mensch sein!

Wie Hedi mit verwirrten Augen zur Türe des Wirtschaftsraumes hinausging, standen drei Bauernburschen dort. Sie kannte sie gut. Sie hatte sie ja täglich in der Wirtschaft bedient. Ehrfürchtig zogen sie ihre Mützen: so wie sie es sonst nur zu machen pflegten, wenn der Herr Pfarrer vorüberging. Frau Burghäuser hatte ihnen schon gesagt, daß die Hedi heute abreisen muß. Deshalb hatten sie auf sie gewartet. Nun drängten sie sich heran. Einer nahm ihr die Handtasche ab, der andere den Schirm, und ganz langsam und behutsam gingen sie mit ihr nach dem kleinen Bahnhof. Es war merkwürdig mit den Bauernburschen. Wenn eines von den Mädchen das Dorf verlassen wurde, dann konnten sie sich nicht genug tun mit Verhöhnungen und schlechten Witzen. Aber vor dem schönen fremden Mäd-

chen aus der Stadt war ihre böse Zunge verstummt. In all den langen Monaten kein schlechtes Wort, keine Anspielung, und dabei hatten sie doch Tag für Tag mit angesehen, wie der Umfang des Mädchens immer stärker wurde, ihr Gang immer schwerfälliger, ihr Busen immer größer.

Als der Zug abfuhr, standen die drei mit den Mützen in der Hand vor dem Eisenbahnwagen und starrten in das Fenster, in dessen Rahmen das bleiche süße Gesichtchen zum letztenmal für sie zu sehen war. Ganz ruhig und ohne zu sprechen, schauten sie zu ihr empor. Dann fuhr der Zug davon.

2.

„Mürrstadt! Umsteigen nach Scheinberg und Weinsburg!“ rief der Schaffner.

Eilig packte Hedi Handtasche und Schirm und stieg aus dem Coupé. Sie war noch nicht vom Trittbrett auf den Erdboden gekommen, da schrie sie laut auf. Sie fiel auf den Boden. Der Schaffner lief hinzu, die Leute aus den anderen Coupés blieben stehen und starrten auf das Mädchen, das sich in Schmerzen wand. Eine Krankenschwester in Nonnentracht war mit aus dem Zug gestiegen, sie war die einzige, die helfend eingriff. Sie richtete das jammernde Mädchen auf, stützte sie liebevoll, und als einer rief, gleich da drüben wohne der Doktor, führte sie das Mädchen vorsichtig aus dem Bahnhof hinaus in das Sprechzimmer des Arztes.

Der Arzt war ein brummiger alter Mann. „Die hat nichts gebrochen“, sagte er zur Krankenschwester, „die braucht mich nicht, die braucht die Hebamme. Das sind ja Wehen, die Geburt hat schon begonnen.“

Er rief das Krankenhaus an. „Alles besetzt, kein Bett frei“, kam es zurück.

Der alte Arzt bekam es mit der Angst zu tun. Noch eine halbe Stunde und er konnte die schönste Entbindung mitten in seinem

Sprechzimmer haben. Das geht denn doch nicht. Lieber ein paar Mark riskieren, selbst wenn von der unerwünschten Patientin nichts zu bekommen ist. Er rief zum Fenster hinunter die einzige Droschke an, die vor dem verschlafenen Bahnhof stand, lud das fremde Mädchen hinein und sagte dem Kutscher, er solle sie zu Frau Melzer, der Hebamme, fahren.

Der Hebamme kam die Störung recht un gelegen. Sie stand gerade in der Küche und buk Pfannkuchen. „Jesus, Maria und Josef!“ rief sie ein über das andere Mal, als ihr der Kutscher das wimmernde und schluchzende Mädchen in die Wohnung brachte. Aber sie war eine gutmütige Frau. Neben der Küche war eine Kammer mit einem unbenutzten Bett. Dort hinein führte sie das fremde Mädchen und waltete ihres Amtes. Das Stöhnen und Seufzen und Schreien der Gebärenden war ihr ja nichts Neues. Ueber zweitausend Menschenlein hatte sie schon zur Welt geholfen. Da war man abgestumpft gegen die Äußerungen des Schmerzes. Aber so ein junges Ding war ihr doch noch nicht unter die Finger geraten. Zum Glück ging alles normal. Sie war recht befriedigt darüber, da brauchte man gar nicht die ganze Zeit dabeistehen. Beruhigt lief sie hinaus in die Küche, und nur, wenn sie vom Zimmer her ein ganz besonders lautes Stöhnen hörte, ließ sie die Pfannkuchen im Stich und schaute nach ihrem Pflegling.

„Ein Mädchen!“ rief sie endlich.

Erschöpft fiel Hedi in die Kissen zurück. Sie, ein Kind noch im Wesen und Denken, hatte ein Kind geboren. Vor einem Jahr spielte sie noch mit Puppen. Die große Puppe, die „Mama“ sagen konnte, lag noch zu Hause in der Stube. Nun hatte sie eine lebendige Puppe.

Die Hebamme nahm das Kindchen und legte es dem Mädchen in den Arm. Da strahlte ein glückliches Lächeln im Gesicht der jungen Mutter.

(Fortsetzung folgt)

Streiflichter

† Berlin, 13. November 31

Nichts ist aufschlußreicher für die wesentlich reaktionäre Politik der Kommunisten und der kommunistischen Opposition als ihre Einheitsfront mit den Nazis und dem ganzen scharfmacherischen Klüngel gegen die Bezahlung der „Tribute“, lies: der Reparationen. Ein Feldzug, der nicht nur gegen Frankreich, der vielmehr gegen das deutsche Proletariat gerichtet ist, ein Feldzug, der zugunsten des „nationalen“ deutschen Kapital geführt wird. Es hat darüber sehr aufschlußreiche Bemerkungen der Genosse Eduard Weckerle gemacht in seinem von der Sozialistischen Wochenzeitung veröffentlichten Rußlandartikel, der den Vorwand für seine Mundtotmachung liefern mußte. Doch das ist ein anderes Kapitel.

Die Quintessenz der ganzen Hetze gegen Frankreich ist: die großen deutschen Schuldenmacher wollen nicht zahlen. Unzweideutig hat das einer der Verderber Deutschlands, der Dr. Schacht, vor einigen Jahren schon ausgesprochen: Wir können nicht zahlen, weil wir nicht zahlen wollen. Mit dem Ruhrabenteurer und der Inflation haben die Bankerrotteure schon einmal eine glänzende Erfahrung gemacht; sie wollen sie jetzt auf anderem Wege wiederholen (ohne deshalb ihre neuen Inflationspläne aufzugeben). Ihre Absicht ist, der großen Bankrott anzusetzen, um nachher ihr betrügerisches Spiel mit neuen Kräften fortsetzen zu können. Es war nicht nur Unfähigkeit, es war auch bewußte Absicht, daß sie alle Welt anpumpten, um Milliarden und über Milliarden, daß sie die kurzfristigen Kredite langfristig anlegten — in überdimensionalen Bauten übermäßigen Größenwahns — und gleichzeitig im Ausland „Deckungskäufe“ vornahmen, mit anderen Worten ihr Schäfflein dort ins Trockene brachten. Sie sind gesichert gegen alle Eventualitäten. Und die Strafdrohungen wegen Kapitalflucht — du lieber Gott, da lachen sie über! Sie wissen, Ihnen, den Großkopfeten, geschieht nichts. Wenigstens nicht von dieser deutschen Republik!

Freilich, das Ausland weiß Bescheid und läßt sich nicht so leicht düpierten wie der gute normale deutsche „Staatsbürger“, den man, wie gesagt, auch in den Reihen der — nach Selbsteinschätzung — grimmigsten „Revolutionäre“ antreffen kann. Ja, das Ausland weiß, was da gespielt werden soll, wenn man auch in Deutschland nichts anderes erfährt als unverbindliche Aeußerungen englischer und amerikanischer Kreise, die natürlich am meisten um der Rückzahlung der privaten Schulden interessiert sind, und deshalb als mögliche Bundesgenossen gegen Frankreich angesprochen werden. Aber auch sie wissen Bescheid und werden sich im entscheidenden Fall hüten, sich an die Seite der Bankerrotteure zu stellen.

Weder Reichsbank, noch Reichsetat sind heute, so schreibt, um ein Beispiel zu bringen, der Paris-Midi in einer irgendwie günstigen Lage. Immerhin müsse man sich fragen, ob die Bilanz der Reichsbank und die Senkung der fiskalischen Einnahmen den wahren Stand der deutschen Verhältnisse wiedergeben.

„Wenn man“, so fährt das Blatt fort, „mit einem Bankier von Amsterdam, von Zürich, von Brüssel oder selbst von Paris spricht, wird man sich sehr bald überzeugen, daß es an all diesen Plätzen aufgeschätzte deutsche Aktiven gibt. Aktive in Devisen und Aktive in ausländischen Papieren, die der Nachforschung der Reichsbank wie der Steuererhebung des Fiskus entgehen.“

Deutschland verfügt über verborgene Reserven, die ihre Rolle auf seinem inneren Markt spielen werden, sobald die gegenwärtige offizielle Not dazu gedient hat, die Befreiung von den alten Schulden herbeizuführen...

Man hat manchmal den Eindruck, daß der Kanzler Brüning wohl den Auftrag hat, als Konkursverwalter Deutschlands Verhandlungen zu führen und einen Vergleich zu erzielen. Ist diese Aufgabe erfüllt, so würden die Großindustriellen ihre Politik wieder fortführen in einem Land, das von dem größten Teil seiner Lasten befreit wäre.“

Ja, sie würden sie fortführen als die großen „Wirtschaftsführer“, die uns wieder einmal „herrliche Zeiten“ besorgten. Und diesen Schwindler, der zum größten Unheil der deutschen (und nicht nur der deutschen!) Arbeiterschaft ausschlagen müßte, soll ein internationaler Sozialist unterstützen? Das wäre Wahnsinn, und habe er auch Methode! Methodischer Irrsinn ist der gefährlichste!

Kaum etwas ist ekelhafter als die Sexualheuchelei des pietistischen Amerika. In dem Land, wo unter der seidenen Decke scheinheiliger Wohlstandigkeit schlimmste erotische Perversität wenigstens bei den oberen Zehntausend grassiert, dient sie sehr oft zur Vernichtung persönlicher oder politischer Gegner. Der größte Schauspieler der Welt, Charlie Chaplin, kann ein Lied davon singen.

Nun hat der „Babbitt“ den bedeutenden amerikanischen Romanschriftsteller Theodor Dreiser aufs Korn genommen, dem er wegen unliebsamer Kritik schon lange nicht grün ist. Dreiser hat allerdings das Verbrechen begangen, an der Aufdeckung von Verbrechen gegen amerikanische Arbeiter mitzuwirken, sich also ganz „kommunistisch“ zu betätigen. Das schlimmste, was man einem Amerikaner nachsagen kann.

Das kam so: In Harlan, im Staate Kentucky, wurden vor fünf Monaten einige Prole-

Gewehr bei Fuß

Parteitag der SP Oesterreichs

Otto Bauer über die Aufgaben

Am Donnerstag ist der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammengetreten. In einem Artikel der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ stellt Otto Bauer die schweren Probleme heraus, über die entschieden werden soll. Ausgehend von der Wirtschaftskrise, die die ganze Welt erfährt hat, bezeichnet er als das sozialistische Programm einer möglichen, allmählichen Linderung „die notwendige Umstellung der österreichischen Volkswirtschaft auf Staatskapitalismus und Planwirtschaft“. Zur Durchsetzung aber fehlt der Partei die Macht. Zwar könne man vielleicht das jetzige Regierungssystem „durch eine scharfe Opposition“ stürzen. „Aber was soll ihm dann folgen?“

Zwei Möglichkeiten sieht Otto Bauer.

„Entweder eine Erweiterung der Regierungsmehrheit nach rechts durch Aufnahme der Heimatblöcker in die Regierung — das wäre eine Wiederholung des Experiments der Regierung Vaugoin-Starhemberg, das wir vor einem Jahre im Wahlkampf zu Falle gebracht haben. Oder eine Erweiterung der Regierungsmehrheit nach links durch Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung — eine Koalitions- oder Konzentrationsregierung mit Teilnahme der Sozialdemokratie.“

Seipel habe der Partei vor einigen Monaten „ein paar Ministerportefeuilles“ angeboten, aber man hätte in die Regierung „ohne alle Bürgschaften“ gehen sollen, und nur zu dem Zweck, „den Karren der Bourgeoisie aus dem Dreck,

in den ihn die bürgerlichen Regierungen seit elf Jahren immer tiefer hineingebracht haben, herausziehen zu helfen. Die ganze Partei war einig, den Eintritt in die Regierung unter solchen Bedingungen abzulehnen.“

Massenelend — faschistische Gefahr, noch fehle es an der Macht, beide zu liquidieren. Verzweifelte Massen riefen „nach revolutionärer Tat“.

„Um Wirtschaft und Demokratie besorgte Männer raten zur Bildung einer Koalitions- oder Konzentrationsregierung.“

Was uns in solcher Stunde not tut, ist Selbstverständigung. Selbstverständigung darüber, was wir in dieser Zeit einer beispiellosen Wirtschaftskrise zu leisten vermögen und was nicht. Selbstverständigung über die Wege, die wir zu gehen haben. Das muß die Aufgabe des Parteitages sein.“

Keine „aussichtslosen revolutionären Abenteuer“, ruft Otto Bauer, aber auch nicht Kräftevergeudung „in vorzeitigen Regierungsexperimenten, die uns nur zu Mitverantwortlichen des kapitalistischen Zusammenbruchs machen würden.“

Alle taktische Kunst bestände darin, die richtige Stunde wahrzunehmen, wie die österreichische Sozialdemokratie es 1918 getan habe. In diesem Sinne schließt der Artikel mit den folgenden Sätzen:

„Notleidende Massen warten schwer — heute wie damals. Aber die Partei muß das Reifen der Voraussetzungen des Sieges abwarten, wenn sie die Massen nicht in verhäng-

nisvolle Niederlagen führen will. Bis dahin Geist, Kraft, Organisation, Bereitschaft, Zuversicht ungebrochen erhalten — das ist das Problem. Das ist, dünkt uns, die eigentliche Aufgabe des Parteitages. Es ist keine leichte Aufgabe in Zeiten so unermesslicher Not. Aber die Partei Viktor Adlers wird sie bewältigen.“

Man wird den Verlauf des Parteitages abwarten müssen, ehe man ein endgültiges Urteil über die Absichten der österreichischen sozialdemokratischen Führer würdigen kann. Doch scheint es, als ob die Koalitionsneigung schon recht stark wäre. Bauers Argumente klingen schon ziemlich deutlich an die Beweisführung des „Kleineren Übels“ an. Man darf nicht vergessen, daß der Radikalismus von den Oesterreichern vor allem als Exportartikel behandelt wird. Andererseits darf man annehmen, daß das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie nicht ganz spurlos an den Genossen in Oesterreich vorbeigegangen ist, daß sie sich also nicht Hals über Kopf in ein Koalitionsabenteuer stürzen, sondern zum mindesten Vorsichtsmaßregeln ergreifen, Bedingungen stellen und ein wenig an ihr Linzer Programm denken werden. Nun: bei solchen Experimenten weiß man zwar, wie sie anfangen, nie aber, wie sie enden. Die Grenze ist haarfein. Und eines bösen Morgens erwacht man plötzlich mitten in... der Tolerierungspolitik.

Japan okkupiert die Mandschurei

Ein alter Plan wird durchgeführt

Berlin, 12. November 1931.

Würde das Stück nicht mit Blut geschrieben, drohte es nicht einen Weltbrand zu entfesseln — man müßte den mandchurischen Krieg im Hinblick auf die Unschuldrolle, die Japan zu spielen sich bemüht, eine Komödie nennen. Das hinterlistige Schaf hat dem gutmütigen Wolf das Wasser getrübt, und nun muß dieser es tränenden Auges um der höheren Gerechtigkeit willen verspeisen. Ueber die tieferen Gründe des japanischen Vorstoßes bestehen keinerlei Zweifel. Seit dreißig Jahren schon hat Japan auf die Mandschurei ein Auge geworfen. Das eigene, unter Uebervölkerung leidende Land, entbehrt die Naturschätze — Kohle, Eisen und fruchtbaren Agrarboden vor allem — die in der Mandschurei in reichem Maße vorhanden sind.

Beim Beginn des Jahrhunderts beerbte nach siegreichem Krieg Japan das zaristische Rußland, schluckte die südmandchurische Bann. 1910 annektierte es Korea, machte es zu einer Provinz des Kaiserreichs. 1916, als die westlichen Mächte ein bißchen mit dem Weltkrieg beschäftigt waren, versucht Japan, unter Präsidentsierung von 21 Punkten, China zu einem Protektorat zu machen. Aber der Krieg ging zu Ende, und 1922 mußte Japan auf der Washingtoner Konferenz den größten Teil dieser Forderungen annullieren und die Mandschurei und Schantung räumen. Immerhin gelang es dem imperialistischen Staat, die Ueberlassung der südmandchurischen Eisenbahn und der Halbinsel Liautang auf 99 Jahre durchzusetzen.

Auf die Vorwände, die schließlich zur Durchdringung der Mandschurei herhalten mußten, haben wir schon früher hingewiesen. Japan geht ganz systematisch vor und hält den Augenblick der Weltkrise für günstig, die Chinesen auf die Knie zu zwingen und die Mandschurei als ausschließliches Ausbeutungsgebiet Japans, vielleicht unter dem Deckmantel der Autonomie und mit chinesischen Strohmannern, sich einzuverleiben. Es muß freilich mit Amerika und mit Rußland rechnen.

Aber Rußland beteuert nicht umsonst seine Friedensliebe — es ist nicht imstande, im Fernen Osten Krieg zu führen, ebenso aus außenpolitisch-wirtschaftlichen Gründen wie aus innerpolitischen. US-Amerika hat sich zwar den Aktionen des Völkerbundes angeschlossen, sieht aber anscheinend den Moment zum Einschreiten mit schärferen Mitteln noch nicht gekommen. Deutlich freilich zusehen würde, wie Japan unter den verschiedensten Vorwänden China zu seinem ausschließlichen Interessengebiet macht, ist ganz ausgeschlossen, da China ein Hauptposten in den Zukunftsplänen des us-amerikanischen Imperialismus ist. Seine Stützpunkte im Pazifik sind ausserproben in

dieser Linie gerichtet. Japan handelt jedenfalls und läßt sich vom Völkerbund nicht schrecken. Ob es sich nicht wieder übernommen hat, wird sich zeigen. Vorläufig wächst die Kriegsgefahr ständig, wenn auch immer wieder Meldungen von einem angeblichen Einlenken Japans vorliegen.

Alarmnachricht aus Tsitsikar

Tokio, 13. November.

Wie die Zeitung „Nitschi Nitschi“ meldet, soll das japanische Konsulat in Tsitsikar belagert und der Konsul sowie das übrige Personal gefangen genommen worden sein. Das gleiche Blatt meldet weiter, daß chinesische Reiter die japanischen Stellungen bei Tasching angegriffen habe. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldungen fehlt noch.

Mordprozeß Paschold

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf am Freitag die Revision der Haushälterin Klara Paschold und des Dachdeckers Werner gegen das Urteil des Schwurgerichts Rudolstadt vom 16. Juni 1931. Durch dieses Urteil sind die beiden je wegen Mordes in zwei Fällen, begangen am 17. November 1928 in Gräfental in Thüringen an dem Uhrmacherehepaar Grosch, zweimal zum Tode verurteilt worden.

Revanche darf nicht behindert werden

Das Reichsgericht verwirft die Revision

Nach dem „Echo de Paris“ ist Leval auch nach den „politischen Bedingungen“ für eine eventuelle große Anleihe an Deutschland befragt worden. Laval habe als solche Bedingungen, auf die der Reichskanzler ebenso freimütig wie ablehnend geantwortet habe, angegeben: Eine Entspannung der Geister, die durch einen Verzicht auf die Anschlussforderungen und auf den Danziger Korridor zum Ausdruck kommen sollte, sodann Beendigung der Revancheumgebungen des Stahlhelms und der Hitler-Anhänger.

Man kann dazu nur sagen: Nichts gelernt und nichts vergessen! Wo sollten wir auch hinkommen, wenn unsere Hakenkreuzer und Stahlhelmer „genieret“ würden. Schließlich könnte auch der höchste Herr der Republik als Ehrenvorsitzender des „Stahlhelms“ daran Anstoß nehmen; und lieber eine „Welt von Feinden“ — wir sind darin ja großzügig — als Hindenburgs Ungnade! Nicht wahr, Herr Brüning? Sparen wir lieber noch ein bißchen an den Arbeitern!

Verlustreiches Gefecht bei Mukden

Moskau (über Kowno), 13. Nov.

Nach einer russischen Meldung aus Mukden kam es 12 Kilometer von Mukden entfernt zu einem Gefecht zwischen chinesischen Banden und japanischen Truppen. Die Japaner hatten 54 Tote und 170 Verwundete zu verzeichnen. Die Chinesen hatten 300 Mann Verluste. Nach 6½stündiger Beschießung mit leichter Artillerie konnten die Japaner die chinesischen Banden zerstreuen.

Kaiserkrönung?

Der Exkaiser von China ist, wie gemeldet wird, auf dem Wege nach Mukden, um sich erneut zum Kaiser krönen zu lassen und die Mandchu-Dynastie wieder aufzurichten. Ein Plänchen, das selbstverständlich von Japan ausgeheckt worden ist, das dann den neuen Kaiser unter sein „Protektorat“ nehmen würde.

Hagelsturm in Südafrika

Am Donnerstag wüdete, einer Meldung aus Kapstadt zufolge, ein heftiger Hagelsturm über dem Barkaly-Westgebiet in Afrika. Viele Farmen wurden vollkommen zerstört. Ein Eingeborener wurde getötet. Viele tausend Stück Großvieh und etwa 16 000 Schafe fielen dem Unwetter zum Opfer.

Systematische Judenhetze in Polen

Warschau, 12. November.

Die antisemitischen Kundgebungen der Studenten haben sich nunmehr auch auf die Universität Lemberg ausgedehnt. Nationalistische Studenten verwarfen heute jüdischen Hörern den Eintritt in das Universitätsgebäude, wobei es wiederholt zu heftigen Schlägereien kam. Insgesamt wurden 20 Studenten verletzt. Bei dem Versuch mehrerer hundert Studenten, eine Demonstration zu veranstalten, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. — Gegenwärtig halten nur noch Posen und die katholische Universität Lublin ihre Tore offen. Die von den Studenten begonnene antisemitische Hetze beginnt sich schon auf andere Volksschichten auszudehnen. — So ist es in Posen zu großen jüdenfeindlichen Kundgebungen gekommen. 100 Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Ausgewiesener Putschist. Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, ist Dr. Pfrimer ausgewiesen worden. Er hatte bis Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, München und Bayern zu verlassen. (Aber Hitler darf bleiben. Red.)

tarier unter Kriegsrecht erschossen. Sie — arme Kumpeln — hatten gewagt zu streiken. Seitdem steht die ganze Stadt unter dem Terrorregiment der von den Unternehmern dort hingeschickten Verbrecherbanden, die offiziell als Polizeibeamte bestellt wurden. (Etwas ähnliches erleben wir ja in Braunschweig.) Reporter, die sich in die Gegend wagten, wurden einfach niedergeknallt. Nun hat Theodor Dreiser zusammen mit einem Komitee, dem u. a. auch John dos Passos angehört hat, das Gebiet bereist, um die Zustände zu untersuchen. Da das bekannt war, konnte man diese Gruppe nicht einfach über den Haufen schie-

ben; man hat den noch infameren Weg der moralischen Vernichtung eingeschlagen, was in Amerika leicht ist. Man hat Dreiser beobachten lassen und ihm nun einen Prozeß wegen Unsittlichkeit und Ehebruch angehängt. Ehebruch ist in Amerika ein Staatsverbrechen, und Dreiser konnte sich der Verhaftung nur durch die Ausreise aus Kentucky entziehen.

Am bemerkenswertesten aber ist bei der ganzen übelriechenden Geschichte die Methode, mit der die amerikanische Moral gerettet wurde. Das Hotelpersonal will beobachtet haben, daß eine dem Komitee angehörende junge Pianistin abends in das

Zimmer Dreisers gegangen und dort über Nacht geblieben ist. Der „Wahrheitsbeweis“ wurde erbracht durch... Zahntochter! Die hat man von außen an die Tür gelehnt und fand sie angeblich morgens noch in unveränderter Lage!

Gewiß, dieser Dreck kotzt jeden sauberen Menschen an. Die Astlochgucker, die Schund- und Schmutzjäger, deren auch wir uns erfreuen dürfen, sind übertroffen. Aber die amerikanische Moral ist gerettet, und der Terror gegen den verelendeten Bergarbeiter kann weitergehen, bis sie kirre sind. Was der eigentliche Zweck der Uebung ist und fast immer das Ziel bürgerlicher „Moral“.

